

BERICHT

DER RECHNUNGSPRÜFUNG DES KREISES HERFORD

ÜBER DIE

PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES, DES ANHANGES UND DES LAGEBERICHTES AUF DEN 31.12.2007

DES KREISES HERFORD



Inhaltsverzeichnis

<u>1</u>	<u>PRÜFUNGS-AUFTRAG</u>	<u>2</u>
<u>2</u>	<u>GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN</u>	<u>3</u>
2.1	LAGE DES KREISES	3
2.1.1	STELLUNGNAHME ZUR LAGEBEURTEILUNG	3
2.1.1.1	Wirtschaftliche Lage	3
2.1.1.2	Künftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung	3
<u>3</u>	<u>GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG</u>	<u>5</u>
3.1	GEGENSTAND DER PRÜFUNG	5
3.2	ART UND UMFANG DER PRÜFUNG	5
<u>4</u>	<u>FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG</u>	<u>7</u>
4.1	ORDNUNGSMÄßIGKEIT DER RECHNUNGSLEGUNG	7
4.1.1	BUCHFÜHRUNG UND WEITERE GEPRÜFTE UNTERLAGEN	7
4.1.2	JAHRESABSCHLUSS	7
4.1.3	LAGEBERICHT	7
4.2	GESAMTAUSSAGE DES JAHRESABSCHLUSSES	9
4.2.1	VERMÖGENS- UND KAPITALSTRUKTUR	9
4.2.1.1	Überblick	9
4.2.1.2	Vermögens- und Schuldenlage im Einzelnen	10
4.2.2	FINANZ- UND ERTRAGSLAGE	20
4.2.2.1	Überblick	20
4.2.2.2	Ertragslage im Einzelnen	21
4.2.3	WESENTLICHE BEWERTUNGSGRUNDLAGEN	27
<u>5</u>	<u>WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS</u>	<u>28</u>

Anlagen (s. gesondertes Verzeichnis)

Aus technischen Gründen können in den Tabellen Rundungsdifferenzen in Höhe von $\pm$ einer Einheit (€, T€, % usw.) auftreten
--

1 PRÜFUNGSAUFTTRAG

Der Kreis Herford ist gemäß § 53 Abs. 1 Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (KrO) i.V.m. § 95 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein - Westfalen (GO) verpflichtet, einen Jahresabschluss sowie einen Lagebericht aufzustellen und nach § 101 ff. GO prüfen zu lassen

Nach § 101 Abs. 1 GO prüft der Rechnungsprüfungsausschuss den Jahresabschluss.

Er bedient sich gemäß § 101 Abs. 8 GO bei der Durchführung der Prüfung der örtlichen Rechnungsprüfung, wenn eine solche vorhanden ist.

Über das Ergebnis der Prüfung berichtet dieser Prüfungsbericht, der in Anlehnung an die Grundsätze ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen des Instituts der Wirtschaftsprüfer erstellt wurde.

Der Jahresabschluss, der Anhang und der Lagebericht sind nach § 96 GO der Aufsichtsbehörde anzuzeigen und öffentlich bekannt zu machen.

2 Grundsätzliche Feststellungen

2.1 Lage des Kreises

2.1.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung

2.1.1.1 Wirtschaftliche Lage

Im Jahresabschluss wurden nach Auffassung der Rechnungsprüfung folgende wesentlichen Aussagen zum Geschäftsverlauf und zur Lage des Kreises getroffen:

„Das Haushaltsjahr 2007 war für den Kreis Herford wirtschaftlich ein erfolgreiches Jahr. Sowohl der weitergeführte Konsolidierungskurs des Haushaltssicherungskonzeptes als auch der unerwartet gute Konjunkturverlauf konnten zum erheblich positiveren Ergebnis als erwartet beitragen.

Entgegen des geplanten Defizits in Höhe von 3,18 Mio. EUR konnte das Haushaltsjahr 2007 mit einem Überschuss von 1,36 Mio. EUR abgeschlossen werden.“

Auf Grund der Prüfung wird festgestellt:

Die Aussagen zur wirtschaftlichen Lage und zum Geschäftsverlauf des Kreises geben insgesamt eine zutreffende Beurteilung der Lage des Kreises wieder.

2.1.1.2 Künftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Im Lagebericht wurden nach Auffassung der Rechnungsprüfung folgende wesentlichen Aussagen zur künftigen Entwicklung und zu den Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung des Kreises getroffen:

„Der positive Trend in den Ergebnisrechnungen der Jahre 2006 und 2007 ist zum einen durch die durchgängige vorläufige Haushaltsführung in 2006 sowie das Haushaltssicherungskonzept 2007 und zum anderen durch positive Effekte der konjunkturellen Entwicklung günstig beeinflusst worden. Die Fortsetzung dieses Trends ist nach Beendigung der zweijährigen Phase der Haushaltssicherung ohne deutliche Verbesserung der Ertragslage nicht zu erwarten.

Deshalb ist die Beibehaltung des Spar- und Konsolidierungskurses erforderlich, um die auflaufenden Fehlbeträge abzubauen.

Bei Ausschöpfung der gesetzlich vorgegebenen Kreditfinanzierungsmöglichkeiten für Investitionen würden nicht unerhebliche Liquiditätsreserven geschaffen. Da die kreisangehörigen Städte und Gemeinden bereits mehrfach Kritik an höheren Liquiditätsreserven des Kreises gegen Ende des mittelfristigen Finanzplanungszeitraumes geäußert haben, sieht der Verwaltungsentwurf für den Haushalt 2009 abermals eine Beschränkung der Aufnahme von Investitionskrediten vor. Nach dem Verzicht auf 1 Mio. EUR in 2008 wird vorgeschlagen in 2009 auf Kreditaufnahmen in Höhe von 6 Mio. EUR zu verzichten.

Auswirkungen für die zukünftige Haushaltswirtschaft ergeben sich insbesondere aus dem politischen und gesamtwirtschaftlichen Umfeld.

GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN

Im Bereich der sozialen Aufwendungen ist trotz sinkender Hilfeempfängerzahlen im SGB-II-Bereich mit einer weiteren Kostensteigerung zu Lasten der kommunalen Haushalte zu rechnen, da Kostensteigerungen - insbesondere im Energiebereich -, Qualitätsanhebungen, höhere Lebenserwartungen nicht ohne Gegenfinanzierungen möglich sind. Zusätzlich senkt der Bund, seinen SGB-II-Anteil kontinuierlich von ursprünglich 29,1 v.H. im Jahr 2005 auf mittlerweile 25,4 v.H. in 2009.“

Die Aussagen im Lagebericht spiegeln insgesamt die künftige Entwicklung sowie die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung nach Auffassung der Rechnungsprüfung zutreffend wider.

3 GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG

3.1 Gegenstand der Prüfung

Erstellung, Aufstellung, Inhalt und Ausgestaltung der Buchführung und des Jahresabschlusses liegen in der Verantwortung der Landrätin.

Der Jahresabschluss wird vom Kämmerer aufgestellt und von der Landrätin bestätigt.

Aufgabe der Rechnungsprüfung ist es, auf der Grundlage der durchgeführten pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen, ob der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage des Kreises vermittelt. Dabei sind die Buchführung, die Inventur, das Inventar sowie die örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände, der Lagebericht und der Jahresabschluss zum 31.12.2007, bestehend aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen, der Bilanz sowie dem Anhang in die Prüfung einzubeziehen.

Der Jahresabschluss nebst Anhang und Lagebericht sind dem Prüfungsbericht in der Anlage beigelegt.

Die Rechnungsprüfung hat die Inventur, das Inventar, die örtlich festgelegten Restnutzungsdauern der Vermögensgegenstände, den Jahresabschluss des Kreises Herford auf den 31.12.2007 und den Lagebericht zum 31.12.2007 geprüft.

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Vorschriften zur Rechnungslegung nach der GO bzw. GemHVO aufgestellt.

Im Rahmen des gesetzlichen Prüfungsauftrages wurde die Einhaltung der für den Jahresabschluss maßgeblichen gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen sowie die Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung geprüft.

Dagegen war die Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften sowie die Aufdeckung und Aufklärung von Ordnungswidrigkeiten und strafrechtlicher Tatbestände, soweit sie nicht die Ordnungsmäßigkeit von Jahresabschluss und Lagebericht betreffen, nicht Gegenstand der Prüfung.

3.2 Art und Umfang der Prüfung

Die Rechnungsprüfung hat die Prüfung nach §§ 101 und 103 GO und dem risikoorientierten Prüfungsansatz in Anlehnung an die vom IDW (Institut der Wirtschaftsprüfer) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen.

Diese Grundsätze erfordern es, die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass ein hinreichend sicheres Urteil darüber abgegeben werden kann, ob der Jahresabschluss und der Lagebericht frei von wesentlichen Fehlaussagen sind.

Dem risikoorientierten Prüfungsansatz gemäß hat die Rechnungsprüfung eine am Risiko des Kreises ausgerichtete Prüfungsplanung durchgeführt.

Es wurde ein prüffeldbezogenes risikoorientiertes Prüfungsprogramm entwickelt, das auf der Grundlage der festgestellten prüffeldbezogenen Risikofaktoren unter Einbeziehung der Beurteilung der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems des Kreises Schwerpunkte, Art und Umfang der Prüfungshandlungen festlegt.

Die Abschlussprüfung schließt eine stichprobengestützte Prüfung der Nachweise für die Bilanzierung und die Angaben im Jahresabschluss ein. Sie beinhaltet die Prüfung der

angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze und wesentlicher Einschätzungen der Landrätin und des Kämmerers sowie eine Beurteilung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Gegenstand der Prüfungshandlungen im Rahmen der Prüfung des Lageberichts waren die Vollständigkeit und die Plausibilität der Angaben. Die Angaben sind unter Berücksichtigung der während der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse beurteilt worden, ob sie in Einklang mit dem Jahresabschluss stehen, insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Kreises vermitteln und die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend darstellen.

Die Prüfungsstrategie des risikoorientierten Prüfungsansatzes hat zu folgenden Schwerpunkten des Prüfungsprogramms geführt:

- Prüfung der Rückstellungen
- Prüfung der Sonderposten.

Art, Umfang und zeitlicher Ablauf der einzelnen Prüfungshandlungen sowie der Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden im Hinblick auf diese Prüfungsschwerpunkte unter Berücksichtigung der Risikoeinschätzung sowie der Wesentlichkeit bestimmt.

Ausgangspunkt für die Prüfung war der von der Rechnungsprüfung geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss zum 31. Dezember 2006.

Insbesondere wurden folgende Prüfungshandlungen durchgeführt bzw. folgende Prüfungsergebnisse und Arbeiten Dritter verwendet:

Von der zutreffenden Bilanzierung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sowie der Verbindlichkeiten hat sich die Rechnungsprüfung durch stichprobenhafte Prüfung der Unterlagen überzeugt. Die Werthaltigkeit der Forderungen wurde analytisch geprüft.

Die liquiden Mittel und die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen vom privaten Kreditmarkt sind anhand von Kontoauszügen, Saldenbestätigungen und Kassenunterlagen nachvollzogen worden.

Die Rückstellungen wurden durch Befragung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie der Verwaltungsleitung auf Vollständigkeit untersucht. Die zutreffende Ermittlung der Rückstellungshöhe wurde durch eine stichprobenhafte Prüfung der Berechnungen und eine kritische Beurteilung der vorgenommenen Schätzungen geprüft.

Zur Prüfung der Pensionsrückstellungen lag der Rechnungsprüfung ein versicherungsmathematisches Gutachten der Heubeck AG vor. Auf Grund der Einschätzung der Qualifikation des Sachverständigen sowie der Beurteilung von Art und Umfang dessen Tätigkeit hat sich die Rechnungsprüfung bei der Prüfung auf dessen Arbeitsergebnisse gestützt.

Die Rechnungsprüfung ist der Auffassung, dass die Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für das Prüfungsurteil bildet.

Alle erbetenen Aufklärungen und Nachweise wurden durch die Verwaltungsleitung und durch die von ihr benannten Auskunftspersonen erteilt. Die Landrätin und der Kämmerer haben die Vollständigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts schriftlich bestätigt.

4 Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

Der Jahresabschluss wurde ordnungsgemäß aus der Buchführung und dem geprüften Jahresabschluss abgeleitet.

4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Nach den Prüfungsfeststellungen gewährleistet der auf Grundlage des NKF-Kontenrahmens erstellte und für den Jahresabschluss angewandte Kontenplan eine klare und übersichtliche Ordnung des Buchungsstoffes.

Insgesamt gewährleistet das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem eine vollständige, richtige und zeitnahe Erfassung, Verarbeitung und Aufzeichnung der Daten der Rechnungslegung.

Die Bestandsnachweise der Vermögensgegenstände, des Kapitals, der Schulden, der Rückstellungen, der Sonderposten und der Rechnungsabgrenzungsposten sind erbracht.

Bei der Prüfung wurden keine Sachverhalte festgestellt, die dagegen sprechen, dass die vom Kreis getroffenen organisatorischen und technischen Maßnahmen geeignet sind, die Sicherheit der rechnungslegungsrelevanten Daten und IT-Systeme zu gewährleisten.

4.1.2 Jahresabschluss

Die Bilanz, die Ergebnisrechnung, die Finanzrechnung sowie die Teilrechnungen sind den gesetzlichen Vorschriften entsprechend gegliedert.

Die Vermögensgegenstände und die Schulden sowie das Kapital, die Sonderposten, und die Rechnungsabgrenzungsposten wurden nach den gesetzlichen Bestimmungen sowie den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung angesetzt und bewertet.

Für erkennbare Risiken wurden Rückstellungen in ausreichendem Maße gebildet.

Der Anhang enthält die gem. § 44 GemHVO notwendigen Angaben und Anlagen. Die von dem Kreis angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze sind im Anhang ausführlich erläutert.

Die Rechnungsprüfung kommt zu dem Ergebnis, dass der Jahresabschluss zum 31.12.2007 ordnungsgemäß aus den Büchern und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet worden ist und den gesetzlichen Vorschriften entspricht.

4.1.3 Lagebericht

Der vom Kämmerer aufgestellte und von der Landrätin bestätigte Lagebericht ist diesem Bericht als Anlage beigelegt.

Der Lagebericht entspricht nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen den gesetzlichen Vorschriften.

Die Prüfung ergab, dass der Lagebericht

- mit dem Jahresabschluss sowie den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht,

- insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Kreises vermittelt,
- die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend darstellt,
- alle weiteren nach § 48 GemHVO erforderlichen Angaben und Erläuterungen enthält.

Der Rechnungsprüfung sind keine (weiteren) nach Schluss des Haushaltsjahres eingetretenen Vorgänge von besonderer Bedeutung bekannt geworden, über die zu berichten wäre.

4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses

4.2.1 Vermögens- und Kapitalstruktur

4.2.1.1 Überblick

Die folgende Übersicht stellt die Vermögens- und Kapitalstruktur der Bilanz zum 31.12.2007 den Vorjahreswerten gegenüber.

Vermögensstruktur

	2006 T €	%	2007 T €	%	+/- T €
Immaterielle Vermögensgegenstände	125	0	132	0	7
Sachanlagen	171.741	66	170.248	66	-1.493
Finanzanlagen	41.807	16	43.137	17	1.330
Langfristig gebundenes Vermögen	213.673	82	213.517	83	-156
Vorräte	4	0	4	0	0
Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen *	39.793	15	27.857	11	-11.936
Privatrechtliche Forderungen	440	0	584	0	144
Sonstige Vermögensgegenstände	26	0	26	0	0
Rechnungsabgrenzungsposten	5.675	2	8.151	3	2.476
Kurzfristig gebundenes Vermögen	45.938	17	36.622	14	-9.316
Liquide Mittel	1.858	1	8.836	3	6.978
Liquide Mittel	1.858	1	8.836	3	6.978
Bilanzsumme	261.469	100	258.975	100	-2.494

* Die öffentlich-rechtlichen Forderungen enthalten mit einem Anteil von 13.735 T € Korrekturposten für Pensionsrückstellungen, die ihrer Natur nach den langfristigen Forderungen zuzurechnen sind.

Kapitalstruktur

	2006 T €	%	2007 T €	%	+/- T €
Allgemeine Rücklage	17.540	7	16.210	6	-1.330
Sonderrücklage	0	0	1.330	1	1.330
Ausgleichsrücklage	9.126	3	7.887	3	-1.239
Jahresergebnis	-1.239	0	1.358	1	2.597
Eigenkapital	25.427	10	26.785	11	1.358
Sonderposten für Zuwendungen	68.887	26	67.197	26	-1.690

	2006 T €	%	2007 T €	%	+/- T €
Sonderposten für den Gebührenaussgleich	339	0	258	0	-81
Übrige Sonderposten	1.901	1	3.219	1	1.318
Pensionsrückstellungen	106.757	41	110.046	42	3.289
Sonstige Rückstellungen nach § 36 Abs. 4 und 5 GemHVO	1.335	1	1.995	1	660
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen mit einer Restlaufzeit über 5 Jahren	8.804	3	14.271	5	5.467
Verbindlichkeiten ähnlich Kreditaufnahmen	2.514	1	2.494	1	-20
Langfristiges Fremdkapital	190.537	73	199.480	77	8.943
Mittelfristige Sonstige Rückstellungen	1.175	0	1.878	1	703
Instandhaltungsrückstellungen	4.019	2	3.799	1	-220
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen mit einer Restlaufzeit bis 5 Jahren	18.195	7	11.628	4	-6.567
Mittelfristiges Fremdkapital	23.389	9	17.305	7	6.084
Kurzfristige Sonstige Rückstellungen	3.726	1	2.875	1	-851
Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	9.600	4	1.750	1	-7.850
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.724	1	2.149	1	425
Kurzfristige Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	1.676	1	1.368	1	-308
Übrige Verbindlichkeiten und RAP	4.885	2	6.235	2	1.350
Kurzfristiges Fremdkapital	21.612	7	14.377	6	-7.234
Bilanzsumme	261.469	100	258.975	100	-2.493

Die Bilanzsumme zum 31.12.2007 ist gegenüber dem Vorjahreswert um 2.493 T € gesunken.

Eine Gegenüberstellung des langfristig gebundenen Vermögens in Höhe von 213.517 T € und des langfristig finanzierten Kapitals (Eigenkapital + langfristig gebundenes Fremdkapital) in Höhe von 226.265 T € ergibt eine Überdeckung bei der Finanzierung langfristiger Vermögenswerte durch entsprechend gebundenes Kapital.

2007 haben sich die langfristigen Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen erhöht, während sich die mittelfristigen Verbindlichkeiten verringert haben. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass 2007 ein Kredit mit einer mittelfristigen Restlaufzeit in einen zinsgünstigeren langfristigen Kredit umgewandelt worden ist.

4.2.1.2 Vermögens- und Schuldenlage im Einzelnen

Die Aktivseite der Bilanz wird durch das **Anlagevermögen** bestimmt. Die Aufgliederung der einzelnen Bilanzposten des Anlagevermögens ist als Anlagennachweis gemäß § 44 i.V.m. § 45 GemHVO dem Anhang beigelegt. Hier ist eine verkürzte Darstellung gewählt worden.

	31.12.2006 T €	31.12.2007 T €	+/- T €
Immaterielle Vermögensgegenstände	125	132	+ 7
Sachanlagevermögen	171.741	170.248	-1.493
Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	7.161	7.192	31
Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	91.445	89.540	-1.905
Infrastrukturvermögen	56.318	55.242	-1.076
Bauten auf fremden Grund und Boden	1.559	1.531	-28
Kunstgegenstände, Kunstdenkmäler	50	50	0
Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	566	489	-77
Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.052	5.559	507
Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	9.590	10.645	1.055

Die **Anlagenzugänge** bei Ackerland betreffen vor allem Grundstücksmaßnahmen zur Renaturierung und zum Naturschutz.

Baumaßnahmen/Investitionsmaßnahmen betrafen im Jahre 2007 vor allem den Straßenbau. Im Jahre 2007 wurden lediglich Straßenbaumaßnahmen aktiviert.

Im Jahre 2007 wurden insgesamt 6 verschiedene Straßenbaumaßnahmen auf Kreisstraßen abgeschlossen. Von finanziell herausragender Bedeutung war hierbei die Fertigstellung und Aktivierung des Rüterwegs in Herford in Höhe von insgesamt 806 T €. Darüber hinaus wurden verschiedene kleinere Maßnahmen aktiviert.

Der Anteil von Straßenbaumaßnahmen in der Position **Anlagen im Bau** betrug 9.294 T € zum 31.12.2007.

An **Baumaßnahmen** wurde im Jahre 2007 die Dachsanierung der August-Griese-Berufsschule durchgeführt und in der Position Anlagen im Bau geführt.

Die Bestandsveränderungen (4.260 T €) sind im Jahre 2007 insgesamt geringer als die Summe der Abschreibungen, so dass ein Substanzverlust an Vermögenswerten stattgefunden hat.

Innerhalb der **Betriebs- und Geschäftsausstattung** ist die Computer Hardware mit einer Gruppenbewertung angesetzt. Im Jahre 2007 ist der Hardwarebestand, vor allem durch Neuanschaffungen in den Schulen, auf einen Wert von insgesamt 976 T € erhöht worden. Dieser Teil der Betriebs- und Geschäftsausstattung unterliegt der Abschreibung.

Ansonsten ist die Betriebs- und Geschäftsausstattung grundsätzlich mit einem Festwert bewertet worden, der seit dem 01.01.2006 unverändert in Höhe von 4.573 T € besteht und zum 31.12.2009 überprüft wird.

	31.12.2006 T €	31.12.2007 T €	+/- T €
Finanzanlagevermögen	41.807	43.137	1.330
Anteile an verbundenen Unternehmen	10.132	11.462	1.330
Beteiligungen	3.389	3.389	0
Sondervermögen	27.663	27.663	0
Wertpapiere des Anlagevermögens	575	575	0
Sonstige Ausleihungen	48	48	0

Durch die Gründung der Stiftung „Zukunft im Wittekindskreis“ am 20.11.2007 haben sich die **Anteile an verbundenen Unternehmen** im Bestand der Finanzanlagen erhöht. Die Stiftung wird mit ihren Anschaffungskosten bewertet. Da die Anschaffungskosten in der Stiftung gebunden sind, ist in gleicher Höhe eine Sonderrücklage auf der Passivseite zu bilden (vgl. Abschnitt Eigenkapital).

Die Anschaffungskosten setzen sich aus 3 Teilbeträgen zusammen. Einerseits wird das Stiftungskapital in Höhe von 800 T € berücksichtigt. Weiterhin hat sich der Kreis Herford verpflichtet zu jeder Zustiftung eines Dritten einen gleichlautenden Betrag zuzustiften. Dies führte zu einer Zustiftung in Höhe von 350 T €. Zusätzlich hat sich der Kreis Herford verpflichtet, Teilbeträge aus den Erträgen der Anteile an der E.ON Westfalen Weser AG der Stiftung zukommen zu lassen. Ein Anteil in Höhe von 180 T € fließt hieraus dem Stiftungskapital zu und ist deshalb bei den Finanzanlagen zu berücksichtigen.

Die Zusammensetzung der **Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände** ist in der nachstehenden Tabelle dargestellt:

	31.12.2006	31.12.2007	+/-
	T €	T €	T €
Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	39.793	27.875	-11.918
Gebühren	1.916	1.451	-465
Gebührenforderungen	1.916	1.511	-405
Wertberichtigungen hierauf	0	-60	-60
Steuern	0	0	0
Forderungen aus Transferleistungen	4.487	6.479	1.992
Forderungen Unterhaltsvorschussgesetz	2.612	3.181	569
Wertberichtigung Ford. Unterhaltsvorschussgesetz	-104	-159	-55
Forderungen aus darlehnsweiser Gewährung von Sozialhilfe	2.766	4.136	1.370
Wertberichtigung Darlehen	-1.383	-2.068	-685
sonstige	596	1.389	793
Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	33.390	19.945	-13.445
Erstattungsansprüche Rückstellungen	13.562	13.786	224
Forderungen Kreisumlage, Jugendamtsumlage	11.567	13	-11.554
Öffentlich-rechtliche Forderungen (Buß- Zwangsgelder, Mahngebühren)	1.837	2.818	981
Wertberichtigungen hierauf	-121	-110	11
Forderungen durchlaufende Gelder	279	1.010	731
Forderungen ungeklärte Zahlungsausgänge	6.120	2.296	-3.824
sonstige	26	131	105

Die Forderungen aus **Gebühren** und **öffentlich rechtlichen Forderungen (u.a. Bußgelder)** werden weiterhin mit 4% pauschal wertberichtigt. In diesem Jahr werden die Wertberichtigungen an zwei verschiedenen Stellen ausgewiesen (s. vorstehende Tabelle).

Bei den **Forderungen aus Transferleistungen** handelt es sich um Forderungen aus dem Sozialbereich, die ein erhöhtes Ausfallrisiko haben.

Die Forderungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz werden mit 5 % wertberichtigt. Da sich Bund und Land mit 46,66 % an den Leistungen nach dem UVG beteiligen, ist ein entsprechender Anteil an den Forderungsansprüchen auch weiterzuleiten. In den sonstigen Verbindlichkeiten wird dieser Sachverhalt berücksichtigt.

Die Forderungen aus darlehensweiser Gewährung von Sozialhilfe enthalten in Höhe von 2.266 T € Forderungen, die von der ARGE verwaltet werden und für die eine Einzelaufstellung nicht erhältlich ist. Der Forderungsbestand wird grundsätzlich durch eine Nebenbuchführung ermittelt. Der Forderungsbestand wird mit 50 % wertberichtigt.

Vor den hier aufgeführten pauschalen Wertberichtigungen wurden auf den gesamten Forderungsbestand Einzelwertberichtigungen in Höhe von 713 T € vorgenommen (vgl. Ergebnisrechnung, sonst. ordentliche Aufwendungen).

Im Jahre 2006 enthielt der Jahresabschluss bei den **sonst. öffentlich-rechtlichen Forderungen** Sondereffekte, die durch die späte Verabschiedung der Haushaltssatzung und die dadurch noch ausstehenden Forderungen aus der Kreisumlage zustande kamen.

Bei den **Erstattungsansprüchen Rückstellungen** handelt es sich um Erstattungsansprüche nach § 107 b Beamtenversorgungsgesetz und entsprechende Ansprüche gegen eigenbetriebsähnliche Einrichtungen und verbundene Unternehmen.

Der Rückgang der **Forderungen aus ungeklärten Zahlungsausgängen** („UZAs“) im Jahresvergleich ist in der Hauptsache dadurch zu erklären, dass es durch technische Weiterentwicklungen in diesem Jahr möglich war, Zahlungen für den Januar des Folgejahres als Aktive Rechnungsabgrenzungen auszuweisen. Die periodengerechte Zuordnung in der Ergebnisrechnung war auch im Vorjahr sichergestellt.

	31.12.2006 T €	31.12.2007 T €	+/- T €
Privatrechtliche Forderungen	440	584	144
gegen den privaten Bereich	358	347	-11
gegen den öffentlichen Bereich	82	72	-10
gegen verbundene Unternehmen	0	0	0
gegen Beteiligungen	0	89	89
gegen Sondervermögen	0	77	77
Sonst. Vermögensgegenstände	26	25	-1

Die **privatrechtlichen Forderungen** gegen Sondervermögen enthalten Forderungen gegen den Abfallentsorgungsbetrieb auf Erstattungen für erbrachte Verwaltungsleistungen.

Die **sonstigen Vermögensgegenstände** enthalten Bestände aus der Abwicklung des Zweckverbandes Verbunddeponie Bielefeld Herford.

Liquide Mittel

	31.12.2006	31.12.2007	+/-
	T €	T €	T €
Liquide Mittel	1.858	8.836	6.978
Bankguthaben	1.844	8.821	6.977
Barkassen	14	15	1

Rechnungsabgrenzungen

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten wurden für Auszahlungen gebildet, die im Jahr 2007 vorgenommen wurden, wirtschaftlich aber der Folgeperiode zuzuordnen sind.

	31.12.2006	31.12.2007	+/-
	T €	T €	T €
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	5.675	8.151	2.476
Investitionskostenzuschüsse an Dritte, inkl. Anzahlungen	4.390	4.245	-145
Beamten Besoldung f. Januar	0	620	620
Transferaufwendungen f. Januar	0	2.019	2.019
Übrige Ansprüche	1.285	1.267	-18

Die **Investitionskostenzuschüsse** an Dritte werden vor allem im Jugend- und Sportbereich gewährt und entsprechend ihrer Zweckbindung aufgelöst.

Durch technische Weiterentwicklungen war es im Jahresabschluss 2007 erstmals möglich, wesentliche Abgrenzungsposten auch als Aktive Rechnungsabgrenzungsposten auszuweisen (vgl. Erläuterungen zu Forderungen).

In den übrigen Ansprüchen sind vor allem Vorauszahlungen für das Jahr 2008 für Betriebskostenzuschüsse an Kindergärten enthalten.

Kapital

	31.12.2006	31.12.2007	+/-
	T €	T €	T €
Eigenkapital	25.427	26.815	1.388
Allgemeine Rücklage	17.540	16.210	-1.330
davon: allgemeine Deckungsrücklage	925	422	-503
Sonderrücklage	0	1.330	1.330
Ausgleichsrücklage	9.126	7.887	-1.239
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-1.239	1.388	2.627

Im Jahre 2007 hat der Kreis Herford die rechtlich selbständige Stiftung „Zukunft im Wittekindskreis“ gegründet, die mit ihren Anschaffungskosten in den Finanzanlagen abge-

bildet ist. Durch die Stiftung wird das dort gebundene Anlagevermögen in der Nutzung beschränkt und kann durch das Stiftungsrecht für Zwecke des Kreises nicht mehr in Anspruch genommen werden. Diese Nutzungsbeschränkung ist in der gemeindlichen Bilanz dadurch kenntlich zu machen, dass in Höhe der Anschaffungskosten der rechtlich selbständigen Stiftung eine **Sonderrücklage** anzusetzen ist. Die **Allgemeine Rücklage** ist durch die Bildung der Sonderrücklage verringert worden.

Die **allgemeine Deckungsrücklage** verdeutlicht, in welchem Umfange für das Folgejahr noch Ermächtigungen aus dem Abschlussjahr bestehen, bei deren Inanspruchnahme nicht im Haushaltsplan veranschlagte Aufwendungen entstehen können.

Der Jahresfehlbetrag des vorigen Jahres wurde durch eine Entnahme aus der **Ausgleichsrücklage** ausgeglichen. Die Ausgleichsrücklage kann durch Beschlüsse zur Ergebnisverwendung lediglich bis zur Höhe des Wertes der Eröffnungsbilanz aufgefüllt werden.

Durch das positive Jahresergebnis 2007 ist das **Eigenkapital** gestiegen.

Sonderposten

Die langfristigen Fremdmittel betreffen mit 67.197 T € überwiegend als Sonderposten passivierte von Dritten erhaltene Zuschüsse und Zuwendungen, die damit 26 % der Bilanzsumme ausmachen.

Die Zusammensetzung der Sonderposten ist der folgenden Tabelle zu entnehmen.

	31.12.2006 T €	Abgänge	Zugänge	31.12.2007 T €
Sonderposten	71.127	2.712	2.256	70.672
für Zuwendungen	68.887	2.475	785	67.197
Sonderposten (SoPo) Gebäude	28.113	631		27.482
SoPo Straßennetz Kreisstraßen	32.610	1.557	18	31.071
SoPo Ampeln	395	21	0	374
SoPo Beschilderung (Festwert)	188	0	0	188
SoPo Brücken und Tunnel	2.368	91	0	2.277
SoPo Anlagen im Bau - Kreisstraße	3.960	134	733	4.559
SoPo aus sonst. Zuwendungen	1.253	41	34	1.245
für den Gebührenaussgleich	339	141	59	257
SoPo Schlachttieruntersuchung	58	0	50	109
SoPo Gebührenaussgleich Rettungsdienst	281	141	9	149
Sonstige Sonderposten	1.901	96	1.412	3.219
SoPo Ersatzgelder Amt 72	204	23	41	222
Zuwendungen Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) f. Darlehen	21	6	8	23
Zuwendungen LWL Renaturierung Werre-Weser-Else-Projekt (WWE) (Anlagen im Bau)	54	0	0	54
SoPo WWE Projekt	619	58	91	653
SoPo Schulpauschale	975	0	953	1.928
SoPo Schulpauschale (Anlagen im Bau)	0	0	282	282
SoPo Investitionspauschale Feuer-schutz	28	9	37	57

Bei den **Sonderposten für Zuwendungen** werden die Sonderposten in der Regel direkt einem Vermögensgegenstand zugeordnet und entsprechend der Abschreibung ertragswirksam aufgelöst.

Sonderposten für Anlagen im Bau enthalten Zuschüsse und Zuwendungen für Vermögensgegenstände, die erst nach der Aktivierung der entsprechenden Vermögensgegenstände ertragswirksam aufgelöst werden können und bis dahin angesammelt werden.

Sonderposten für den Gebührenaussgleich werden aus den Überschüssen der Gebührenrechnungen gebildet und gleichen negative Ergebnisse der Gebührenrechnungen in den Folgejahren aus, um damit für eine Gebührenstabilität zu sorgen.

Die **sonstigen Sonderposten** bilden zumeist Sachverhalte ab, bei denen Mittel mit einer bestimmten Zweckbindung gewährt wurden und dieser bisher noch nicht zugeführt wurden. Beispielsweise handelt es sich bei den Sonderposten für Ersatzgelder um Gelder, die im Rahmen von Bauverfahren für Ausgleichsmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden. Dieser Posten wird entsprechend des Rechnungseingangs für die Durchführung von Maßnahmen abgebaut.

Aufgrund weiterentwickelter Zuordnungsvorschriften werden diese Posten gemeinsam mit den Zuwendungen für Anlagen im Bau künftig nicht mehr als Sonderposten geführt, sondern als Verbindlichkeiten auszuweisen sein.

Rückstellungen

Es sind Rückstellungen in Höhe von insgesamt 120.596 T € (Vorjahr: 117.009 T €) gebildet worden. Im Folgenden werden die einzelnen Rückstellungspositionen dargestellt.

	31.12.2006	31.12.2007	+/-
	T €	T €	T €
Pensionsrückstellungen	106.755	110.048	3.293
Pensionsrückstellungen Beschäftigte	43.127	44.373	1.246
Beihilferückstellung Beschäftigte	11.304	11.466	162
Pensionsrückstellungen Versorgungsempfänger	41.098	42.986	1.888
Beihilferückstellungen Versorgungsempfänger	11.226	11.223	-3

Die **Rückstellungen** betreffen mit 110.048 T € Pensions- und Beihilfeverpflichtungen, die aufgrund eines versicherungsmathematischen Gutachtens der Heubeck AG ermittelt wurden.

	31.12.2006	Abgänge	Zugänge	31.12.2007
	T €			T €
Instandhaltungsrückstellungen	4.019	219	0	3.799

Die **Instandhaltungsrückstellung** wurde in Anlehnung an die Masterpläne für die Schulgebäude für den Anteil an den Baumaßnahmen gebildet, der Erhaltungsaufwand ist. Jede durchzuführende Maßnahme wurde einzeln bewertet. Die jeweiligen Ausgaben werden maßnahmengenaу zugeordnet.

Im Jahre 2007 wurden Ausgaben in Höhe von 219 T € aus der **Instandhaltungsrückstellung** für Brandschutz- und Sicherheitsmaßnahmen am Friedrich-List-Berufskolleg in Anspruch genommen. Für diese Maßnahme enthält die Instandhaltungsrückstellung insgesamt 500 T €. Die Maßnahme wurde im Jahre 2008 fortgeführt.

Die Entwicklung der sonstigen Rückstellungen im Berichtsjahr ist in der folgenden Tabelle dargestellt:

	31.12.2006	Abgänge	Zugänge	31.12.2007
	T €			T €
Sonstige Rückstellungen nach § 36 Abs. 4 u. 5	6.235	1.856	2.368	6.749
Rückstellung § 107b / Dienstherrnwechsel	708	0	109	817
Rückstellung Altersteilzeit	1.175	573	1.276	1.878
Urlaubsrückstellung	1.362	43	0	1.320
Überstundenrückstellung.	79	0	110	189
Rückstellung Schulgirokonten	418	258	0	160
Rückstellung ambulante Leistungen	675	420	197	452
Rückstellung Betriebskostenzuschüsse Schulen	236	236	0	0
Rückstellung Betriebskostenzuschüsse Kita	318	318	0	0
Rückstellung Krankenhilfe	72	0	16	88
Rückstellung zweckgebundene Zuschüsse Werre-Weser-Else Projekt	63	8	0	55
Rückstellung Jahresabschlussprüfung Gemeindeprüfungsanstalt	50	0	42	92
Rückstellung Zuschuss Klinikum	152	0	0	152
Rückstellung Kostendämpfungspauschale	230	0	34	264
Rückstellung Pensionsforderungen Studien-Institut	598	0	4	602
Rückstellung Integrationsfachdienst - Steuern	3	0	9	12
Rückstellung Integrationsfachdienst - Einnahme-Überschüsse	25	0	17	42
Rückstellung Jugendamtsumlage	0	0	521	521
Rückstellung Tierkörperbeseitigungsanstalt Bentrop	71	0	33	105

Bei den **sonstigen Rückstellungen nach § 36 Abs. 4 u. 5** GemHVO war die Rückstellung für den **Betriebskostenzuschuss für Kindertagesstätten** ertragswirksam aufzulösen. Entgegen der vorherigen Einschätzung ergab die endgültige Abrechnung der Vorjahre keinen Nachzahlungsbedarf, sondern ein Guthaben. Weiterhin waren im Bereich der Altersteilzeitrückstellungen zurückgestellte Beträge in Höhe von insgesamt 91 T € ertragswirksam aufzulösen, weil der Rückstellungsgrund entfallen war.

Im Übrigen wurden die Rückstellungen durch Inanspruchnahmen abgebaut.

Die Rückstellung für den **Betriebskostenzuschuss der Schulen** wurde im Jahre 2007 plangemäß in Anspruch genommen. Aufgrund einer Umstellung der Zahlungsmodalitäten war keine neue Rückstellung zu bilden.

Für die zunächst nach dem Haushaltsplan des Kreises Herford erhobene Mehrbelastung für die **Jugendamtsumlage** ist nach der Haushaltssatzung des Kreises eine Abrechnung anhand der tatsächlichen Ergebnisse vorzunehmen. Die Rückstellung ist in Höhe der zu erwartenden Erstattungsverpflichtung gebildet worden.

Verbindlichkeiten

	31.12.2006	31.12.2007	
	T €	T €	+/-
Verbindlichkeiten	47.898	40.922	-6.976
aus Krediten für Investitionen	27.504	27.649	145
von Beteiligungen	504	1.027	523
vom privaten Kreditmarkt	27.000	25.899	-1.101
aus Krediten zur Liquiditätssicherung	9.600	1.750	-7.850
aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	2.514	2.328	-186
aus Lieferung und Leistung	1.724	2.149	425
aus Transferleistungen	1.676	1.368	-308
Sonstige Verbindlichkeiten	4.880	6.401	1.521

Die **Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen** beziehen sich auf vertragliche Verpflichtungen, die der Kreis Herford zur Schuldenübernahme für bestehende und neu aufzunehmende Kredite gegenüber dem Kirchenkreis Herford und dem Diakonieverbund Schweicheln für die Trägerschaft der Förderschulen durch diese Einrichtungen übernommen hat. Weiterhin sind hier Verpflichtungen aus einem Leibrentenvertrag enthalten. Die Verbindlichkeiten sind entsprechend der vertraglichen Regelungen planmäßig abgebaut worden.

In den **sonstigen Verbindlichkeiten** sind Verbindlichkeiten aus durchlaufenden Geldern, aus noch nicht endgültig zugeordneten Einnahmen und Weiterleitungsverpflichtungen gegenüber Dritten enthalten, die im Jahresvergleich stark schwanken können.

Rechnungsabgrenzungen

	31.12.2006	31.12.2007	
	T €	T €	+/-
Passive Rechnungsabgrenzung	5	0	-5

Die **Passiven Rechnungsabgrenzungsposten** enthielten im Vorjahr Erträge aus einem Zuwendungsbescheid, die sich auf das Jahr 2007 bezogen und in der Ergebnisrechnung des Jahres 2007 berücksichtigt worden sind.

Der Jahresabschluss vermittelt insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Schuldenlage.

4.2.2 Finanz- und Ertragslage

4.2.2.1 Überblick

	31.12.2006	31.12.2007
	T €	T €
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	161.437	196.524
- Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-178.694	-178.826
= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-17.258	17.698
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	2.200	1.268
- Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-1.742	-3.274
= Saldo aus Investitionstätigkeit	458	-2.006
+ Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-17.258	17.698
= Finanzmittelüberschuss /- fehlbetrag	-16.799	15.691
+ Saldo aus Finanzierungstätigkeit	8.794	-8.921
= Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln	-8.005	6.770
+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	9.107	1858
+ Bestand an fremden Finanzmitteln	756	208
= Liquide Mittel	1.858	8.836

Die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit sind gegenüber dem 31.12.2006 insbesondere deshalb gestiegen, weil sich die Schlüsselzuweisungen erhöht haben.

Außerdem haben einige kreisangehörige Kommunen die Restzahlungen aus der Ende 2006 für 2006 festgesetzten Kreisumlage und Jugendamtsumlage Anfang 2007 geleistet.

Ertragslage

	2006 T €	%	2007 T €	%	+/- T €	%
Steuern und ähnliche Abgaben	2.867	2	4.851	3	1.984	69
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	126.094	71	146.908	78	20.814	17
Sonstige Transfererträge	2.719	2	2.826	2	107	4
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	10.886	6	10.942	6	56	1
Privatrechtliche Leistungsentgelte	348	0	383	0	35	10
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	30.129	17	16.029	9	-14.100	-47
Sonstige ordentliche Erträge	4.521	3	5.313	3	792	18
Ordentliche Erträge i.s.	177.564	101	187.252	101	9.688	5
Versorgungsaufwendungen	-1.671	-1	-2.310	-1	-639	38
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-8.782	-5	-9.598	-5	-816	9
Personalaufwand	-27.921	-16	-31.131	-17	-3.210	11

	2006 T €	%	2007 T €	%	+/- T €	%
Bilanzielle Abschreibungen	-4.493	-3	-4.416	-2	77	-2
Transferaufwendungen	-93.777	-53	-94.655	-51	-878	1
Sonstige ordentliche Aufwendungen	-41.527	-23	-44.421	-24	-2.894	7
Ordentliche Aufwendungen i.s.	-178.171	-101	-186.531	-100	-8.360	5
Neutrale Erträge	0	0	0	0	0	0
Neutrale Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
Neutrales Ergebnis	0	0	0	0	0	0
Finanzerträge	775	0	1.746	1	971	>100
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	-1.407	-1	-1.109	-1	298	-21
Finanzergebnis	-632	-1	637	0	1.269	<-100
Jahresergebnis	-1.239	-1	1.358	1	2.597	<-100

Die Ergebnisrechnung des Kreises Herford schließt im Berichtsjahr 2007 mit einem **positiven Jahresergebnis** in Höhe von 1.358 T € ab. Im Vergleich zum Vorjahr, das mit einem negativen Jahresergebnis abgeschlossen werden musste, ist dies eine Verbesserung.

Die ordentlichen Erträge sind durch die Zuwendungen und Umlagen geprägt, die 78 % der ordentlichen Erträge ausmachen.

Die ordentlichen Aufwendungen werden von den Transferaufwendungen bestimmt, die 51 % der ordentlichen Aufwendungen betragen. Hier ist die zu leistende Landschaftsumlage der größte Einzelposten.

4.2.2.2 Ertragslage im Einzelnen

Im folgenden werden wichtige Positionen der Ergebnisrechnung erläutert:

	31.12.2006 T €	31.12.2007 T €	+/- T €
Steuern und ähnliche Abgaben	2.867	4.851	1.984
Wohngeldpauschale	2.843	4.827	1.984
Jagdsteuer	24	24	0

Innerhalb der Ertragsart **Steuern und Abgaben** sind die Erträge aus der Zuweisung des Landes aufgrund der Wohngeldreform prägend.

Die **Zuwendungen und allgemeine Umlagen** setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2006 T €	31.12.2007 T €	+/- T €
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	126.094	146.908	20.814
Kreisumlage	78.747	105.184	26.437
Jugendamtsumlage	14.273	14.505	232
Abfallumlage	2.229	2.238	9
Bundesanteil KdU/ Hzb. (Hartz IV)	9.631	0	-9.631

	31.12.2006	31.12.2007	+/-
	T €	T €	T €
Schlüsselzuweisungen vom Land	11.005	14.017	3.012
Zuweisungen v. Land f. Unterhaltung Tageseinrichtungen - Betriebskosten nach § 18(3) GTK	5.518	5.761	243
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	2.387	2.987	600
sonstige	2.304	2.216	-88

Die Ertragsart **Zuwendungen und allgemeine Umlagen** ist die wichtigste Ertragsart des Kreises und wird ganz wesentlich durch die **Kreisumlage** geprägt. Im Haushaltsjahr 2007 wurde der Kreisumlagehebesatz auf 43,73 % festgesetzt; 8,85 % hiervon entfielen auf die SGB II Kosten. Dabei ist zu beachten, dass die Kreisumlage im Jahre 2007 erstmals die Aufwendungen für die Kosten der Sozialhilfe abdeckt. In den Jahren zuvor haben die kreisangehörigen Städte und Gemeinden die Sozialhilfesaufwendungen nach Spitzabrechnung im Wege der Kostenerstattung erstattet.

Der **Bundesanteil für die Kosten der Unterkunft und Heizung** im Rahmen der SGB II Gesetzgebung wird im Jahre 2007 der Ertragsart Kostenerstattungen und –umlagen zugeordnet. Es hat sich eine Erhöhung auf 10.158 T € ergeben.

Für in den Vorjahren erhaltene Zuwendungen für Investitionen wurden Sonderposten auf der Passivseite der Bilanz abgebildet. Diese werden entsprechend der Nutzungsdauer des Anlagegegenstandes ertragswirksam aufgelöst. Die **Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Zuwendungen** stehen den bilanziellen Abschreibungen gegenüber.

	31.12.2006	31.12.2007	+/-
	T €	T €	T €
sonstige Transfererträge	2.719	2.826	107

Bei den **sonstigen Transfererträgen** handelt es sich um Ersatzleistungen von Sozialleistungsträgern, Kostenbeiträge, Unterhaltsleistungen und sonstige Erstattungsleistungen, die vorwiegend im Sozialbereich erwirtschaftet werden.

Die Zusammensetzung der **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte**, der **privatrechtlichen Leistungsentgelte** und der **Kostenerstattungen und Kostenumlagen** ergibt sich aus den folgenden Darstellungen:

	31.12.2006	31.12.2007	+/-
	T €	T €	T €
Öffentlich –rechtliche Leistungsentgelte	10.886	10.944	58
Verwaltungsgebühren (z.B. Fahrzeugzulassung)	6.008	5.866	-142
Benutzungsgebühren (Entgelte u. Teilnehmerbeiträge)	4.867	4.937	70
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten f. Gebühren	12	141	129
Privat –rechtliche Leistungsentgelte	348	383	35
Mieten und Pachten	267	289	22
sonst.	81	94	13

	31.12.2006	31.12.2007	+/-
	T €	T €	T €
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	30.129	16.029	-14.100
Kostenerstattung durch Gemeinden und Gemeindeverbände (z.B. Inanspruchnahme Leitstelle, Sozialhilfeträger u.a.)	25.317	1.479	-23.838
Erstattungen vom Bund für Kosten d. Unterkunft	9	10.159	10.150
sonstige Erstattungen v. Land, verb. Unternehmen, sonst.	4.803	4.391	-412

Mit 2.322 T € haben die Gebühren für die Fahrzeugzulassung den höchsten Anteil an den **Verwaltungsgebühren**.

Die **Benutzungsgebühren** werden wesentlich durch die Elternbeiträge nach § 17 Abs. 4 GTK geprägt (3.182 T €). Ein weiterer wesentlicher Posten sind die Benutzungsgebühren für die Notfallrettung in Höhe von 1.262 T €.

Die **Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Gebühren** sind durch die Inanspruchnahme der Sonderposten für den Gebührenaussgleich im Vergleich zum Vorjahr stark gestiegen.

Im Jahresabschluss 2006 wurden unter den **Kostenerstattungen** noch die Erstattungen der kreisangehörigen Gemeinden für die Spitzabrechnung der Sozialhilfe berücksichtigt. Seit dem Jahre 2007 sind diese Kosten direkt in die Kreisumlage eingearbeitet, so dass sich in diesem Bereich starke Verschiebungen ergeben.

Der **Bundesanteil für die Kosten der Unterkunft und Heizung** im Rahmen der SGB II Gesetzgebung wird im Jahre 2007 der Ertragsart Kostenerstattungen und – umlagen zugeordnet und nicht mehr der Ertragsart Zuwendungen und allgemeine Umlagen, wie im Jahr 2006. Im Vorjahr wurden noch 9.631 T€ vereinnahmt.

Im Übrigen enthalten die Kostenerstattungen diverse Kostenerstattungen von Bund, Land und eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen für verschiedenste Zwecke.

	31.12.2006	31.12.2007	+/-
	T €	T €	T €
Sonst. Ordentliche Erträge	4.521	5.313	792
Bußgelder, Zwangsgelder, Nebenforderungen	2.383	2.430	47
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	925	409	-516
Erträge aus Anpassung Beihilferückstellung Versorgungsempfänger	0	268	268
Erträge aus Zuschreibungen von Forderungen aus Sozialhilfe	970	2.194	1.224
Sonst. Ordentliche Erträge	243	12	-231

Die **sonstigen ordentlichen Erträge** werden durch die Bußgelder und Erträge bei der Auflösung von Rückstellungen geprägt.

Mit 2.159 T € sind die Verwarn- und **Bußgelder** für Ordnungswidrigkeiten im Verkehrsbereich innerhalb der sonstigen ordentlichen Erträge von herausragender Bedeutung.

Erträge aus der **Auflösung von Rückstellungen** entstehen, wenn sich späterhin herausstellt, dass Rückstellungen nicht mehr bzw. nicht mehr in der ursprünglich veranschlagten Höhe benötigt werden (vgl. Erläuterungen bei den Rückstellungen).

Die **Erträge aus Zuschreibungen von Forderungen aus Sozialhilfe** kommen durch die Gewährung von darlehnsweiser Sozialhilfe zustande. Es handelt sich hierbei um einen Korrekturposten, da es bisher nicht möglich ist, die Auszahlung der Hilfe aufwandsneutral zu verbuchen.

Die **Personalaufwendungen** und die **Versorgungsaufwendungen** setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2006	31.12.2007	+/-
	T €	T €	T €
Personalaufwendungen	27.921	31.130	3.209
Bezüge tariflich Beschäftigte	12.259	12.085	-174
Besoldung Beamte	7.735	8.429	694
Beiträge zu Versorgungskassen	889	958	69
Beiträge gesetzl. Sozialversicherungen	2492	2.384	-108
Beihilfen u.ä. Beschäftigte	377	470	93
Zuführung Pensionsrückstellung	1.536	4.173	2.637
Zuführung Beihilferückstellung	988	779	-209
Zuführung Altersteilzeitrückstellung	685	1.271	586
Zuführung Kostendämpfungspauschale	291	72	-219
Zuführung zu anderen Rückstellungen (Urlaub, Überstunden)	230	34	-196
Pauschalierte Lohnsteuer	89	89	0
Aufwand sonst. Beschäftigte	351	387	36

	31.12.2006	31.12.2007	+/-
	T €	T €	T €
Versorgungsaufwendungen	1.671	2.310	639
Zuführung Pensionsrückstellungen	1.111	2.310	1.199
Zuführung Beihilferückstellungen	560	0	-560

Die dargestellten **Personalaufwendungen** stehen im Zusammenhang mit insgesamt 702 Personen, die im HJ 2007 beim Kreis Herford beschäftigt waren (230 Beamte/Beamtinnen, 453 Tarifkräfte und 19 Auszubildende).

Den vorgenannten Aufwendungen liegen **Versorgungs- und Beihilfeverpflichtungen** für 130 Pensionäre bzw. deren Hinterbliebene zugrunde.

Die Beihilferückstellungen für Versorgungsempfänger waren im Jahr 2007 anzupassen (siehe auch sonst. Ordentliche Erträge).

Bei den mit 958 T€ ausgewiesenen Beiträgen zu Versorgungskassen handelt es sich um Beitragsleistungen, die der Kreis Herford für die Versicherung seiner tariflich Beschäftigten entsprechend der jeweils gültigen Satzung an die Kommunale Zusatzversorgungskasse abzuführen hat.

Eine Zusammenstellung der **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** ist nachfolgend dargestellt:

	31.12.2006	31.12.2007	+/-
	T €	T €	T €
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	8.782	9.598	816
Bewirtschaftung Grundstücke u. bauliche Anlagen (Energiekosten)	2.166	2.352	186
Unterhaltung Gebäude u. Infrastrukturvermögen	789	1.499	710
Unterhaltung bewegliches Vermögen, insbes. IT, Softwarenutzung	1.920	1.912	-8
Schülerbeförderungskosten	1.893	2.063	170
Sonst. Aufwendungen wie Unterhaltung Fahrzeuge, Reisekosten, Fortbildungen	2.014	1.772	-242

	31.12.2006	31.12.2007	+/-
	T €	T €	T €
Bilanzielle Abschreibungen	4.493	4.416	-77
Abschreibungen auf Sachanlagen u. GVG	4.493	4.416	-77

Die **bilanziellen Abschreibungen** für Vermögen, das am 31.12.2005 vorhanden war, werden auf der Basis der in der Eröffnungsbilanz ermittelten Werte vorgenommen. Diese Werte gelten für künftige Haushaltsjahre als Anschaffungs- und Herstellungskosten.

Die Zugänge in den folgenden Haushaltsjahren sind auf der Basis der tatsächlich aufgewendeten Anschaffungs- und Herstellungskosten abgeschrieben worden. Die genaue Zusammensetzung der Abschreibungen ist dem Anlagespiegel zu entnehmen.

	31.12.2006	31.12.2007	+/-
	T €	T €	T €
Transferaufwendungen	93.777	94.655	878
Landschaftsumlage	40.134	40.982	848
Betriebskostenzuschüsse Kindertageseinrichtungen	13.952	13.952	0
sonst. Zuweisungen u. Zuschüsse an Dritte (z.B. eigenbetriebsähnliche Einrichtungen, Vereine, Beratungsdienste)	9.610	8.686	-924
Sozialhilfe außerhalb Einrichtungen (Eingliederungshilfe, Pflegegeld)	5.591	5.109	-482
Sozialhilfe innerhalb von Einrichtungen (Hilfe zur Pflege)	7.755	8.079	324
Grundsicherung	5.742	6.885	1.143
Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen	2.722	2.187	-535
Jugendhilfe innerhalb von Einrichtungen	3.526	3.466	-60
sonst. Sozialleistungen (Unterhaltsvorschussgesetz, Kriegsopferfürsorge usw.)	4.745	5.309	564

Die **Transferaufwendungen** haben mit 51 % den höchsten Anteil an den ordentlichen Aufwendungen und prägen damit die Ergebnisrechnung des Kreises im besonderen Maße.

Die Zusammensetzung der **sonst.-ordentlichen Aufwendungen** ergibt sich aus der nachfolgenden Darstellung:

	31.12.2006	31.12.2007	+/-
	T €	T €	T €
Sonst. Ordentl. Aufwendungen	41.527	44.421	2.894
Leistungsbeteiligung ARGE	32.302	33.752	1.450
Kostenerstattungen an Dritte (z.B. Erstattung UVG an Gemeinden mit Jugendämtern)	3.540	3.879	339
Beiträge Verbände u. Vereine	1.077	1.138	61
Steuern, Versicherungen etc.	946	1.003	57
Wertkorrekturen zu Forderungen	834	1.502	668
Personalnebenkosten (auch Aufwendungen f. ehrenamtliche Tätigkeit)	439	419	-20
Mieten, Pachten, Leasing	405	532	127
Sonst. Ordentl. Aufwendungen (Geschäftsaufwendungen, Gutachten, Bürobedarf u.ä.)	1.984	2.196	212

	31.12.2006	31.12.2007	+/-
	T €	T €	T €
Finanzergebnis	-631	637	1.268
Finanzerträge	775	1.746	971
Finanzaufwendungen	1.407	1.109	-298

In den **Finanzerträgen** sind vor allem die Gewinnanteile aus Beteiligungen enthalten. Durch eine erhöhte Gewinnausschüttung der Beteiligung Sparkasse (775 T €, Vorjahr 420 T €) und durch eine insgesamt positiv verlaufende Zinsentwicklung konnte das Finanzergebnis verbessert werden.

Weiterhin enthalten die Finanzerträge 454 T € als Mittel aus der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Jugendheim, die für die Zustiftung zur Stiftung Zukunft im Wittekindskreis verwendet wurden.

Der Jahresabschluss vermittelt insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage.

4.2.3 Wesentliche Bewertungsgrundlagen

Der Jahresabschluss des Kreises Herford wurde unter Anwendung der § 95 GO sowie den Bestimmungen des sechsten Abschnitts der GemHVO aufgestellt.

Für die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2006 galten Sonderbestimmungen für die Bewertung im Neuen Kommunalen Finanzmanagement. Die für die Eröffnungsbilanz ermittelten Werte gelten in den nunmehr folgenden Jahren als Anschaffungs- und Herstellungskosten.

Weiterhin ist darauf hinzuweisen, dass innerhalb der NKF-Regelungen das Wertaufhebungsgebot grundsätzlich bis zum 31.03. des Folgejahres, also dem gesetzlich normierten Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses gilt.

Es wird auf die Angaben im Anhang des Jahresabschlusses (Anlage VIII) verwiesen, in dem die wesentlichen Bewertungsgrundlagen dargestellt werden.

Darüber hinaus gehende wesentliche Veränderungen in den Bewertungsgrundlagen zum Vorjahr haben sich im Berichtsjahr nicht ergeben.

Im Berichtsjahr waren darüber hinaus keine sachverhaltsgestaltenden Maßnahmen mit wesentlichen Auswirkungen auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses zu verzeichnen.

5 Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

Nach dem Ergebnis der Prüfung hat die Rechnungsprüfung dem als Anlage beigefügten Jahresabschluss des Kreises Herford zum 31.12.2007 und dem ebenfalls beigefügten Lagebericht zum 31.12.2007 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

Bestätigungsvermerk der Rechnungsprüfung:

Die Rechnungsprüfung des Kreises Herford hat den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz und Anhang - sowie den Lagebericht des Kreises Herford auf den 31.12.2007 geprüft. In die Prüfung wurde die Inventur, das Inventar und die Übersicht der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände einbezogen. Die Inventur und die Aufstellung dieser Unterlagen nach den gemeinderechtlichen Vorschriften von Nordrhein-Westfalen liegen in der Verantwortung der Landrätin des Kreises. Die Aufgabe der Rechnungsprüfung ist es, auf der Grundlage der durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Inventur, des Inventars sowie der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände und über den Lagebericht abzugeben.

Die Prüfung des Jahresabschlusses wurde nach § 101 Abs. 1 GO NRW und in Anlehnung an die vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Kreises sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Inventar, Übersicht über örtlich festgelegte Restnutzungsdauern der Vermögensgegenstände, Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Landrätin des Kreises sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Die Rechnungsprüfung ist der Auffassung, dass die Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für die Beurteilung bildet.

Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach der Beurteilung der Rechnungsprüfung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage des Kreises. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Kreises und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Herford, den 14.11.2008

Der Leiter der Rechnungsprüfung

(Müller)

ANLAGENVERZEICHNIS

	SEITEN
I BILANZ ZUM 31.12.2007	1
II ANLAGESPIEGEL	1
III FORDERUNGSSPIEGEL	1
IV VERBINDLICHKEITENSPIEGEL	1
V RÜCKSTELLUNGSSPIEGEL	1
VI GESAMTERGEBNISRECHNUNG 2007	1
VII GESAMTFINANZRECHNUNG 2007	1
VIII ANHANG	1 - 6
IX LAGEBERICHT	1 - 19
X ERMÄCHTIGUNGSÜBERTRAGUNGEN	1 - 4
XI RECHTLICHE VERHÄLTNISSE	1 - 5
XII WIRTSCHAFTLICHE GRUNDLAGEN	1 - 6
XIII STEUERLICHE VERHÄLTNISSE	1 - 2
XIV KENNZAHLEN	1 - 5

**DIE DIESEM BERICHT BEILIEGENDE CD ENTHÄLT DIE
TEILERGEBNISRECHNUNGEN UND DIE TEILFINANZRECHNUNGEN, DIE
BESTANDTEILE DES JAHRESABSCHLUSSES SIND.**

Bilanz 2007 Kreis Herford

AKTIVA			Stand: 31.12.2007	Stand: 31.12.2006	PASSIVA			Stand: 31.12.2007	Stand: 31.12.2006
1	Anlagevermögen				1.	Eigenkapital		26.785.137,92	25.426.873,00
1.1	Immaterielle Vermögensgegenstände		131.937,00	131.937,00	1.1	Allgemeine Rücklagen	16.209.510,59		
1.2	Sachanlagen		170.247.572,91	171.741.285,86		davon:			
1.2.1	Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		7.192.045,30			Deckungsrücklage gem. § 43 Abs. 3 GemHVO: 503.321,94 €)			
1.2.1.1	Grünflächen	494.554,30			1.2	Sonderrücklagen	1.330.000,00		
1.2.1.2	Ackerland	4.846.872,00			1.3	Ausgleichsrücklage	7.887.362,79		
1.2.1.3	Wald, Forsten	1.665.635,00			1.4	Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	1.358.264,54		
1.2.1.4	Sonstige unbebaute Grundstücke	184.984,00			2.	Sonderposten		70.673.987,81	71.127.897,36
1.2.2	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		89.539.879,00		2.1	für Zuwendungen	67.197.164,32		
1.2.2.1	Kinder- und Jugendeinrichtungen				2.2	für Beiträge			
1.2.2.2	Schulen	61.027.537,00			2.3	für den Gebührenaussgleich	257.792,90		
1.2.2.3	Wohnbauten	1.126.310,00			2.4	Sonstige Sonderposten	3.219.030,59		
1.2.2.4	Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	27.386.032,00			3.	Rückstellungen		120.594.099,60	117.011.215,64
1.2.3	Infrastrukturvermögen		55.242.254,21		3.1	Pensionsrückstellungen	110.046.401,17		
1.2.3.1	Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	8.281.451,00			3.2	Rückstellungen für Deponien und Altlasten			
1.2.3.2	Brücken und Tunnel	3.036.342,18			3.3	Instandhaltungsrückstellungen	3.799.162,91		
1.2.3.3	Gleisanlagen mit Strecken-ausrüstung und Sicherheitsanlagen				3.4	Sonstige Rückstellungen nach §36 Abs. 4 u. 5	6.748.535,52		
1.2.3.4	Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen				4.	Verbindlichkeiten		40.922.222,90	47.897.919,23
1.2.3.5	Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	43.825.803,03			4.1	Anleihen			
1.2.3.6	Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	98.658,00			4.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen			
1.2.4	Bauten auf fremden Grund und Boden		1.530.697,00		4.2.1	von verbundenen Unternehmen			
1.2.5	Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler		50.006,00		4.2.2	von Beteiligungen	1.027.385,24		
1.2.6	Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge		488.949,00		4.2.3	von Sondervermögen			
1.2.7	Betriebs- und Geschäftsausstattung		5.558.545,86		4.2.4	vom öffentlichen Bereich			
1.2.8	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau		10.645.196,54		4.2.5	vom privaten Kreditmarkt	25.899.332,57		
1.3	Finanzanlagen		43.137.217,29	41.807.217,29	4.3	Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	1.750.000,00		
1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen		11.461.717,24		4.4	Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kredit-aufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	2.327.532,14		
1.3.2	Beteiligungen		3.389.333,15		4.5	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.149.015,41		
1.3.3	Sondervermögen		27.662.839,73		4.6	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	1.367.590,06		
1.3.4	Wertpapiere des Anlagevermögens		574.847,17		4.7	Sonstige Verbindlichkeiten	6.401.367,48		
1.3.5	Ausleihungen		48.480,00		5.	Passive Rechnungsabgrenzung	82,50	82,50	5.208,00
1.3.5.1	an verbundene Unternehmen								
1.3.5.2	an Beteiligungen								
1.3.5.3	an Sondervermögen								
1.3.5.4	Sonstige Ausleihungen	48.480,00							
2	Umlaufvermögen								
2.1	Vorräte		3.705,00	3.705,00					
2.1.1	Roh- Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren		3.705,00						
2.1.2	Geleistete Anzahlungen								
2.2	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		28.467.369,84	40.259.574,46					
2.2.1	Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen		27.857.332,57						
2.2.1.1	Gebühren	1.450.272,87							
2.2.1.2	Beiträge								
2.2.1.3	Steuern	720,00							
2.2.1.4	Forderungen aus Transferleistungen	6.479.012,43							
2.2.1.5	Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	19.927.327,27							
2.2.2	Privatrechtliche Forderungen		584.472,67						
2.2.2.1	gegenüber dem privaten Bereich	346.553,00							
2.2.2.2	gegenüber dem öffentlichen Bereich	71.914,16							
2.2.2.3	gegen verbundene Unternehmen								
2.2.2.4	gegen Beteiligungen	89.384,73							
2.2.2.5	gegen Sondervermögen	76.620,78							
2.2.3	sonstige Vermögensgegenstände		25.564,60						
2.3	Wertpapiere des Umlaufvermögens								
2.4	Liquide Mittel		8.836.363,89	8.836.363,89					
3	Aktive Rechnungsabgrenzung		8.151.364,80	8.151.364,80					
	BILANZSUMME	258.975.530,73	258.975.530,73	261.469.113,61			258.975.530,73	258.975.530,73	261.469.113,23

Anlagevermögen	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Abschreibungen			Buchwert	
	Stand am 31.12. des Vor- jahres	Zugänge im Haus- haltsjahr	Abgänge im Haus- haltsjahr	Umbuch- ungen im Haus- haltsjahr	Abschrei- bungen im Haushalts- jahr	Zuschrei- bungen im Haushalts- jahr	Kumulierte Abschrei- bungen (auch aus Vor- jahren)	am 31.12. des Vorjahres	am 31.12. des Haushaltsjahres
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
		+	-	+ / -	-	+	-		
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	165.567,00 €	53.837,00 €	- €	- €	46.447,00 €	- €	87.467,00 €	124.547,00	131.937,00
2. Sachanlagen									
2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücks- gleiche Rechte									
2.1.1.1 Grünflächen	405.180,00 €	- €	- €	7.028,00 €	- €	- €	- €	405.180,00	412.208,00
2.1.1.2 Grunddienstbarkeiten Amt für Agrarordnung	82.346,30 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	82.346,30	82.346,30
2.1.2 Ackerland	4.822.705,00 €	24.167,00 €	- €	- €	- €	- €	- €	4.822.705,00	4.846.872,00
2.1.3 Wald, Forsten	1.665.635,00 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	1.665.635,00	1.665.635,00
2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	184.984,00 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	184.984,00	184.984,00
2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücks- gleiche Rechte									
2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen									
2.2.2 Schulen	63.835.490,00 €	- €	- €	- €	1.403.977,00 €	- €	2.807.953,00 €	62.431.514,00	61.027.537,00
2.2.3 Wohnbauten	1.168.850,00 €	- €	- €	- €	21.270,00 €	- €	42.340,00 €	1.147.580,00	1.126.510,00
2.2.4 Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	28.345.817,00 €	- €	- €	- €	479.893,00 €	- €	959.785,00 €	27.865.925,00	27.386.032,00
2.3 Infrastrukturvermögen									
2.3.1 Grund und Boden des Infrastuktur- vermögens	8.262.354,00 €	7.839,00 €	- €	11.258,00 €	- €	- €	- €	8.262.354,00	8.281.451,00
2.3.2 Brücken und Tunnel	3.256.609,00 €	- €	- €	- €	108.950,21 €	- €	220.266,82 €	3.145.292,39	3.036.342,18
2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen									
2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbe- seitigungsanlagen									
2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	46.886.375,74 €	1.170.919,88 €	247.546,50 €	- €	1.903.981,20 €	- €	3.983.946,09 €	44.806.410,91	43.825.803,03
2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastruktur- vermögens	108.968,00 €	- €	- €	- €	5.155,00 €	- €	10.310,00 €	103.813,00	103.813,00
2.4 Bauten auf fremden Grund und Boden	1.588.042,00 €	- €	- €	- €	28.672,00 €	- €	57.344,00 €	1.559.370,00	1.530.698,00
2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	50.006,00 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	50.006,00	50.006,00
2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	673.198,00 €	35.972,00 €	- €	- €	113.054,00 €	- €	220.221,00 €	566.031,00	488.949,00
2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.266.521,00 €	811.620,00 €	- €	- €	304.864,25 €	- €	519.595,14 €	5.051.790,11	5.558.545,86
2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	9.590.349,21 €	2.261.002,54 €	1.187.869,21 €	- 18.286,00 €	- €	- €	- €	9.590.349,21	10.645.196,54
3. Finanzanlagen									
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	10.131.717,24 €	1.330.000,00	- €	- €	- €	- €	- €	10.131.717,24	11.461.717,24
3.2 Beteiligungen	3.389.333,15 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	3.389.333,15	3.389.333,15
3.3 Sondervermögen	27.662.839,73 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	27.662.839,73	27.662.839,73
3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens	574.847,17 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	574.847,17	574.847,17
3.5 Ausleihungen									
3.5.1 an verbundene Unternehmen									
3.5.2 an Beteiligungen									
3.5.3 an Sondervermögen									
3.5.4 Sonstige Ausleihungen	48.480,00 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	48.480,00	48.480,00
Summe	218.166.214,54 €	5.695.357,42 €	1.435.415,71 €	- €	4.416.263,66 €	- €	8.909.228,05 €	213.673.050,21	213.522.083,20

Forderungsspiegel - Jahresabschluss 2007

Art der Forderungen	Gesamtbetrag des Haushaltsjahres	mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag des Vorjahres
		bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	27.857.332,57	8.967.943,97	5.120.910,16	13.768.478,44	39.793.459,25
1.1 Gebühren	1.450.272,87	1.450.272,87	0,00	0,00	1.916.417,69
1.2 Beiträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.3 Steuern	720,00	720,00	0,00	0,00	193,88
1.4 Forderungen aus Transferleistungen	6.479.012,43	1.389.140,55	5.089.871,88	0,00	4.486.885,15
1.5 Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	19.927.327,27	6.127.810,55	31.038,28	13.768.478,44	33.389.962,53
2. Privatrechtliche Forderungen	584.472,67	584.472,67	0,00	0,00	440.424,00
2.1 gegenüber dem privaten Bereich	346.553,00	346.553,00	0,00	0,00	358.196,81
2.2 gegenüber dem öffentlichen Bereich	71.914,16	71.914,16	0,00	0,00	82.227,19
2.3 gegen verbundene Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4 gegen Beteiligungen	89.384,73	89.384,73	0,00	0,00	0,00
2.5 gegen Sondervermögen	76.620,78	76.620,78	0,00	0,00	0,00
3. Summe aller Forderungen	28.441.805,24	9.552.416,64	5.120.910,16	13.768.478,44	40.233.883,25

Verbindlichkeitspiegel - Jahresabschluss 2007

Art der Verbindlichkeit	Gesamtbetrag des Haushaltsjahres	mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag des Vorjahres
		bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Anleihen					
2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen					
2.1 von verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.2 von Beteiligungen	1.027.385,24	1.027.385,24	0,00	0,00	503.887,40
2.3 von Sondervermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4 vom öffentlichen Bereich	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4.1 vom Bund	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4.2 vom Land	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4.3 von Gemeinden (GV)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4.4 von Zweckverbänden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4.5 vom sonstigen öffentlichen Bereich	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4.6 von sonstigen öffentlichen Sonder- rechnungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.5 vom privaten Kreditmarkt	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.5.1 von Banken und Kreditinstituten	25.899.332,57	0,00	11.628.373,45	14.270.959,12	26.999.589,48
2.5.2 von übrigen Kreditgebern	0,00	0,00			
3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung					
3.1 vom öffentlichen Bereich	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.2 vom privaten Kreditmarkt	1.750.000,00	1.750.000,00	0,00	0,00	9.600.028,16
4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	2.327.532,14	0,00	193.265,30	2.134.266,84	2.514.300,66
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.149.015,41	2.149.015,41	0,00	0,00	1.724.006,84
6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	1.367.590,06	1.367.590,06	0,00	0,00	1.675.849,73
7. Sonstige Verbindlichkeiten	6.401.367,48	6.401.367,48	0,00	0,00	4.880.256,96
8. Summe aller Verbindlichkeiten	40.922.222,90	12.695.358,19	11.821.638,75	16.405.225,96	47.897.919,23
Nachrichtlich: Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten: z.B. Bürgschaften u.a.	757.629,05				1.893.787,02

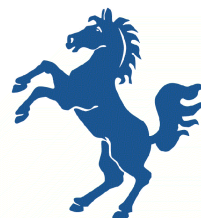
Rückstellungsspiegel

Rückstellungsspiegel zum 31.12.2007

Bilanzposition	Rückstellungsgrund	Gesamtbetrag Vorjahr	Bewegungen im Haushaltsjahr		Gesamtbetrag Haushaltsjahr
			Zugänge	Abgänge	
		€	€	€	€
Pensionsrückstellungen	Pensionsrückstellungen Pensionäre	41.098.647,34	6.138.036,00	4.251.154,99	42.985.528,35
Pensionsrückstellungen	Pensionsrückstellungen Aktive	43.126.880,00	4.270.305,00	3.024.582,00	44.372.603,00
Pensionsrückstellungen	Beihilferückstellungen Pensionäre	11.226.887,35	617.231,00	621.425,53	11.222.692,82
Pensionsrückstellungen	Beihilferückstellung Aktive	11.304.236,00	796.068,00	634.727,00	11.465.577,00
Zwischensumme		106.756.650,69	11.821.640,00	8.531.889,52	110.046.401,17
Rückstellungen für Deponien und Altlasten	Instandhaltungsrückstellungen	4.018.600,00	0,00	219.437,09	3.799.162,91
Zwischensumme		4.018.600,00	0,00	219.437,09	3.799.162,91
Sonstige Rückstellungen	Rückstellungen § 107b / Dienstherrnwechsel	707.995,00	108.968,00	0,00	816.963,00
Sonstige Rückstellungen	Rückstellungen Altersteilzeit	1.175.245,10	1.275.735,70	572.600,64	1.878.380,16
Sonstige Rückstellungen	Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub	1.362.304,32	0,00	42.525,35	1.319.778,97
Sonstige Rückstellungen	Rückstellungen für geleistete Überstunden	79.391,24	109.757,40	0,00	189.148,64
Sonstige Rückstellungen	Rückstellungen Schulgirokonten	418.029,22	0,00	258.425,65	159.603,57
Sonstige Rückstellungen	Rückstellungen ambulante Leistungen	674.625,00	196.790,46	419.915,46	451.500,00
Sonstige Rückstellungen	Rückstellungen Betr.-Kosten-Zuschuss Schulen	235.776,94	0,00	235.776,94	0,00
Sonstige Rückstellungen	Rückstellungen Betr.-Kosten-Zuschuss Kita`s	318.077,10	0,00	318.077,10	0,00
Sonstige Rückstellungen	Rückstellungen Fürsorgestelle	71.932,30	16.307,01	0,00	88.239,31
Sonstige Rückstellungen	Rückstellungen zweckgeb.Zusch.WWE-Projekt	62.815,97	0,00	7.970,25	54.845,72
Sonstige Rückstellungen	Rückstellungen Jahresabschluss	50.000,00	42.000,00	167,33	91.832,67
Sonstige Rückstellungen	Rückstellungen Zuschuss Klinikum	151.662,37	0,00	0,00	151.662,37
Sonstige Rückstellungen	Rückstellungen Kostendämpfungspauschale	229.806,71	34.176,78	0,00	263.983,49
Sonstige Rückstellungen	Rückstellungen Forderungen Studieninstitut	597.969,00	4.271,00	0,00	602.240,00
Sonstige Rückstellungen	Rückstellungen IFD	28.586,21	25.748,66	0,00	54.334,87
Sonstige Rückstellungen	Rückstellung Jugendamtsumlage	0,00	521.403,08	0,00	521.403,08
Sonstige Rückstellungen	Rückstellung Tierkörperbeseitigungsanstalt	71.748,47	32.871,20	0,00	104.619,67
Zwischensumme		5.527.969,95	2.259.061,29	1.855.458,72	6.748.535,52
Summe:		116.303.220,64	14.080.701,29	10.606.785,33	120.594.099,60

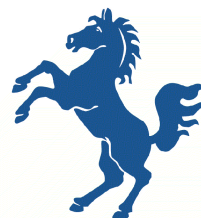
Kreis Herford

Ergebnisrechnung



Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2006	Fortgeschriebener Ansatz 2007	Ist-Ergebnis 2007	Vergleich Ist - Ansatz
+ Steuern und ähnliche Abgaben	2.867.014,16	2.864.230,00	4.851.302,96	1.987.072,96
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	126.093.847,24	161.922.352,83	146.908.423,40	-15.013.929,43
+ Sonstige Transfererträge	2.719.053,20	1.890.500,00	2.825.511,42	935.011,42
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	10.886.446,83	10.755.952,74	10.942.358,03	186.405,29
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	348.343,18	323.520,00	383.308,96	59.788,96
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	30.129.051,74	6.214.382,77	16.029.480,59	9.815.097,82
+ Sonstige ordentliche Erträge	4.521.364,06	3.857.529,58	5.312.925,83	1.455.396,25
= Ordentliche Erträge	177.565.120,41	187.828.467,92	187.253.311,19	-575.156,73
- Personalaufwendungen	27.921.346,13	30.463.414,51	31.131.026,58	667.612,07
- Versorgungsaufwendungen	1.671.088,00	842.700,00	2.310.311,00	1.467.611,00
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	8.782.113,76	10.732.282,68	9.597.791,81	-1.134.490,87
- Bilanzielle Abschreibungen	4.493.196,64	4.366.097,66	4.416.407,24	50.309,58
- Transferaufwendungen	93.777.261,94	97.552.240,02	94.655.222,58	-2.897.017,44
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	41.527.499,94	46.306.186,60	44.420.905,96	-1.885.280,64
= Ordentliche Aufwendungen	178.172.506,41	190.262.921,47	186.531.665,17	-3.731.256,30
= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-607.386,00	-2.434.453,55	721.646,02	3.156.099,57
+ Finanzerträge	775.350,85	1.014.930,08	1.745.742,20	730.812,12
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.406.726,86	1.678.176,31	1.109.123,68	-569.052,63
= Finanzergebnis	-631.376,01	-663.246,23	636.618,52	1.299.864,75
= Ordentliches Jahresergebnis	-1.238.762,01	-3.097.699,78	1.358.264,54	4.455.964,32
= Außerordentliches Jahresergebnis	0,00	0,00	0,00	0,00
= Jahresergebnis	-1.238.762,01	-3.097.699,78	1.358.264,54	4.455.964,32

Kreis Herford Finanzrechnung



Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2006	Fortgeschriebener Ansatz 2007	Ist-Ergebnis 2007	Differenz 2007 Ist - Ansatz
+ Steuern und ähnliche Abgaben	2.866.820,28	4.851.400,19	4.850.776,52	-623,67
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	112.486.576,42	158.779.598,00	155.383.355,88	-3.396.242,12
+ Sonstige Transfereinzahlungen	2.355.149,00	1.740.500,00	2.545.672,96	805.172,96
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	10.009.016,87	10.648.448,00	11.208.509,53	560.061,53
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	301.480,36	323.520,00	325.084,60	1.564,60
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	29.520.240,35	6.899.347,00	16.948.954,16	10.049.607,16
+ Sonstige ordentliche Einzahlungen	3.163.826,31	2.580.600,00	3.994.800,88	1.414.200,88
+ Zinsen und ähnliche Einzahlungen	734.261,98	451.527,00	1.294.502,34	842.975,34
= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	161.437.371,57	186.274.940,19	196.551.656,87	10.276.716,68
- Personalauszahlungen	23.794.499,18	30.363.352,00	26.699.490,84	-3.663.861,16
- Versorgungsauszahlungen	4.667.249,22	465.000,00	4.698.547,24	4.233.547,24
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	10.082.864,54	10.831.642,33	9.767.428,46	-1.064.213,87
- Zinsen und sonstige Auszahlungen	855.430,21	1.130.157,00	1.214.901,12	84.744,12
- Transferauszahlungen	93.377.727,60	94.576.684,28	94.874.869,79	298.185,51
- Sonstige ordentliche Auszahlungen	45.917.184,54	43.434.848,82	40.695.540,22	-2.739.308,60
= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	178.694.955,29	180.801.684,43	177.950.777,67	-2.850.906,76
= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-17.257.583,72	5.473.255,76	18.600.879,20	13.127.623,44
+ Einz. aus Zuwendungen für Investitionsmaßn.	2.033.674,32	1.021.359,00	1.152.719,07	131.360,07
+ Einz. aus der Veräußerung von Sachanlagen	84.164,00	1.000,00	0,00	-1.000,00
+ Einz. aus Beiträgen und Entgelten	82.466,00	39.763,13	103.489,41	63.726,28
+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	1.000,00	11.751,50	10.751,50
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	2.200.304,32	1.063.122,13	1.267.959,98	204.837,85
- Ausz. für den Erwerb von Grundst. u. Gebäuden	62.767,72	950.713,13	128.466,73	-822.246,40
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	832.406,33	5.389.635,86	2.138.870,52	-3.250.765,34
- Ausz. für den Erwerb von bewegl. Anlageverm.	782.831,45	1.622.682,44	728.914,92	-893.767,52
- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	875.561,65	875.561,65
- Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	116.300,00	116.300,00	0,00
- Sonstige Investitionsauszahlungen	63.927,92	331.885,81	161.322,36	-170.563,45
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1.741.933,42	8.411.217,24	4.149.436,18	-4.261.781,06
= Saldo aus Investitionstätigkeit	458.370,90	-7.348.095,11	-2.881.476,20	4.466.618,91
= Finanzmittelüberschuß / -fehlbetrag	-16.799.212,82	-1.874.839,35	15.719.403,00	30.721.865,79
+ Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	5.062,51	1.548.815,00	6.041.036,91	4.492.221,91
+ Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	9.600.000,00	0,00	0,00	0,00
- Tilgung und Gewährung von Darlehen	810.744,84	1.274.101,62	7.112.363,18	5.838.261,56
- Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	4.350.000,00	7.850.000,00	3.500.000,00
= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	8.794.317,67	-4.075.286,62	-8.921.326,27	-4.846.039,65
= Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln	-8.004.895,15	-5.950.125,97	6.798.076,73	43.470.068,49
+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	9.106.685,74	0,00	1.857.885,43	1.857.885,43
+ Änderung des Bestandes an fremden Finanzmitteln	2.426.504,58	0,00	4.304.503,11	4.304.503,11
- Änderung des Bestandes an fremden Finanzmitteln	1.670.409,74	0,00	4.096.328,79	4.096.328,79
= Liquide Mittel	1.857.885,43	-5.950.125,97	8.864.136,48	14.814.262,45

Anhang zur Jahresrechnung 2007
des Kreises Herford

I. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss des Kreises Herford wurde unter Anwendung des § 95 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) sowie den Bestimmungen des sechsten Abschnitts der Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO) aufgestellt.

Das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF) stellt ein auf die Verhältnisse und Anforderungen der Kommunen angepasstes System der kaufmännischen doppelten Buchführung dar. Bei dessen konzeptioneller Erarbeitung wurde auf die kaufmännischen Buchführungs- und Bilanzierungsregeln als Referenzmodell Bezug genommen. In den Fällen, in denen sich die neuen kommunalrechtlichen Regelungen lückenhaft oder nicht hinreichend konkretisiert erwiesen haben, fanden die einschlägigen handels- und steuerrechtlichen Bestimmungen entsprechend Anwendung.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die GemHVO sieht für die erstmalige Bewertung von Vermögen und die Eröffnungsbilanz Sonderbestimmungen vor. Dabei gilt die Generalnorm, dass die Ermittlung der Wertansätze für die Eröffnungsbilanz auf der Grundlage von vorsichtig geschätzten Zeitwerten durch geeignete Verfahren vorzunehmen ist. Diese in den §§ 53 bis 56 GemHVO niedergelegten Vorgaben wurden für die Werte der Eröffnungsbilanz grundsätzlich angewandt. Sie gelten nach § 92 Abs. 3 GO für die künftigen Jahre als Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

Der Kreis Herford hat im Haushaltsjahr 2007 die allgemeinen Bewertungsanforderungen des § 32 GemHVO erfüllt. Die Vermögenszugänge des laufenden Jahres erfolgten zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten. Gegenstände, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, wurden planmäßig linear abgeschrieben. Für die Beschilderung (Infrastrukturvermögen), die Kunstgegenstände sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung mit Ausnahme der hardwaremäßigen IT-Ausstattung wurden Festwerte gebildet. Die Hardware wurde mit einem Gruppenwert bewertet und unterliegt der Abschreibung.

Die Finanzanlagen umfassen die Vermögenswerte, die auf Dauer finanziellen Anlagezwecken oder Unternehmensbindungen sowie damit zusammenhängenden Ausleihungen dienen. Das sind die wirtschaftlichen Unternehmen und Einrichtungen der Kreisverwaltung in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form sowie die Wertpapiere des Anlagevermögens. Dabei ist zu beachten, dass die Sparkasse gem. Handreichung für Kommunen, 2. Auflage 12/2006, S. 340 f., derzeit nicht als Vermögenswert in der gemeindlichen Bilanz angesetzt werden soll. Entsprechend der Erlasslage des Landesinnenministeriums wird die Beteiligung am Zweckverband Sparkasse Herford mit 1 EUR in den Finanzanlagen berücksichtigt.

Anteile an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen und Anteile an Zweckverbänden sind nach den Bestimmungen des § 55 Abs. 6 GemHVO bewertet worden. Der Substanzwert der Geschäftsanteile an dem Klinikum Herford (AöR) wurde mittels eines Bewertungsgutachtens einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ermittelt. Die Anteile an den Gesellschaften „Die Chance gGmbH“ und „Kommunale Beteiligungsgesellschaft für den lokalen Rundfunk im Kreis Herford mbH“ wurden mit dem anteiligen Wert des Eigenkapitals angesetzt. Beteiligungen an Zweckverbänden wurden nach dem Ertrags- bzw. Substanzwertverfahren bewertet. Der Substanzwertbildung des Zweckverbandes „Kommunales Rechenzentrum“ lag ein Bewertungsgutachten zugrunde. Die Anteile an den übrigen Zweckverbänden wurden mit einem Erinnerungswert von 1 EUR bewertet.

Bei den Finanzanlagen bleibt grundsätzlich der in der Eröffnungsbilanz beigelegte Wert erhalten, es sei denn es gäbe Gründe für Sonderabschreibungen. Zukünftige Finanzanlagen sind mit ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten zu bewerten, so jetzt auch die Stiftung „Zukunft im Wittekindskreis“.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände entsprechen den Nominalwerten. Das Ausfallrisiko ist durch entsprechende Pauschal- und Einzelwertberichtigungen berücksichtigt worden. Die Rückstellungen decken alle erkennbaren Verpflichtungen in angemessener Höhe.

Die Zuführungen zu Altersteilzeit- und Urlaubsrückstellungen wurden nach kaufmännischen Berechnungsmethoden ermittelt.

Als Grundlage für die Ermittlung der Zuführungen zu Pensions- und Beihilferückstellungen für aktiv beschäftigte Beamte diente das versicherungsmathematischen Gutachten der Firma Heubeck AG.

Die Bewertung erfolgte mit dem im NKF-Gesetz des Landes NRW vorgesehenen Rechnungszins von 5 % auf Basis der Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck. Neben der Besoldungsanpassung um 2,9% ab dem 01.07.2008 wurde auch der ab dem 01.07.2008 maßgebliche Anpassungsfaktor gemäß VersÄndG 2001 in Höhe von 0,97833 berücksichtigt. Das rechnungsmäßige Pensionierungsalter wurde für Feuerwehrleute mit 60 Jahren und alle übrigen Beamten mit 65 Jahren angesetzt. Für Sonderzahlungen wurde pauschal ein Satz von 60 % unterstellt.

Die Zuführungen zu Pensionsrückstellungen für Versorgungsempfänger und zu Beihilferückstellungen für Versorgungsempfänger sind anhand des versicherungsmathematischen Gutachtens der Firma Heubeck AG ermittelt worden.

Die Instandhaltungsrückstellung ist in Höhe der erforderlichen Aufwendungen mit dem Herstellungswert zum Bilanzstichtag der Eröffnungsbilanz gebildet worden.

Die Verbindlichkeiten sind zum Rückzahlungsbetrag passiviert.

III. Angaben zu den Positionen der Bilanz

Die Entwicklung des Anlagevermögens wird im Anlagespiegel dargestellt, der als Anlage zu diesem Anhang beigelegt ist.

a) Immaterielle Vermögensgegenstände

Die immateriellen Vermögensgegenstände beinhalten Software und Lizenzen, die zu Anschaffungskosten bewertet sind.

b) Sachanlagen

Investitionen in Sachanlagen erfolgten im Bereich des Infrastrukturvermögens für den Ausbau des Straßennetzes. Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung wurden nicht gebildet.

c) Finanzanlagen

Die Stiftung „Zukunft im Wittekindskreis“ wurde mit 1,33 Mio. EUR aktiviert.

d) Umlaufvermögen

Die Forderungen betreffen im Wesentlichen Forderungen aus der Umsetzung des Unterhaltsvorschussgesetzes und den gesetzlichen Bestimmungen im Sozialbereich, sowie dem Korrekturposten Dienstherreneigenschaft. Das Ausfallrisiko ist durch entsprechende Wertberichtigungen berücksichtigt worden. Die liquiden Mittel betreffen im wesentlichen die laufenden Bankbestände.

e) Aktive Rechnungsabgrenzung

Die aktive Rechnungsabgrenzung besteht im wesentlichen aus gewährten Investitions-kostenzuschüssen an Dritte, die periodengerecht jährlich aufgelöst werden in Höhe von 4,17 Mio. EUR, aus Besoldungszahlungen für Beamte in Höhe von 0,6 Mio. EUR und aus Transferaufwendungen in Höhe von 2,0 Mio. EUR.

f) Eigenkapital

Im Eigenkapital wird eine Sonderrücklage in Höhe von 1,33 Mio. EUR gebildet, um die Bindung dieses Kapitals zugunsten der Stiftung „Zukunft im Wittekindskreis“ zu dokumentieren.

Der Jahresüberschuss macht eine Inanspruchnahme der Allgemeinen Rücklage bzw. der Ausgleichsrücklage nicht erforderlich. Über die Verwendung des Jahresüberschusses in Höhe von 1.358.264,54 EUR entscheidet gem. § 96 Abs. 1 S. 2 GO der Kreistag.

g) Sonderposten

Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen werden passiviert (Sonderposten) und über die Nutzungsdauer der durch sie mitfinanzierten Vermögensgegenstände erfolgswirksam aufgelöst. Die größten Positionen bilden hierbei die Sonderposten Kreisstraßen (33,91 Mio. EUR + 4,56 Mio. EUR Anlagen in Bau), Schulgebäude (24,49 Mio. EUR), Verwaltungsgebäude (2,99 Mio. EUR) und Schulpauschale (1,93 Mio. EUR + 0,28 Mio. Anlagen in Bau). Im übrigen wurden Sonderposten für Grundstücke (Naturschutzzwecke), Feuerwehrfahrzeuge, das Werre-Weser-Else-Projekt, Schlachtieruntersuchung, Rettungsdienst und Feuerschutz gebildet.

h) Rückstellungen

Rückstellungen betreffen im Wesentlichen den Bereich der Pensionsrückstellungen sowie der Instandhaltungsrückstellung nach Masterplan-Gutachten für die Berufskollegs. In den Pensionsrückstellungen in Höhe von 110,0 Mio. EUR sind die Pensions- und Beihilfeverpflichtungen gegenüber aktiven Beamten sowie Versorgungsempfängern erfasst. In der Instandhaltungsrückstellung in Höhe von 3,8 Mio. EUR sind unterlassene Instandhaltungen in den Berufskollegs passiviert. Unter den sonstigen Rückstellungen in Höhe von 6,75 Mio. EUR werden unter anderem sonstige Verpflichtungen aus dem Personalbereich (Dienstherrenwechsel, Altersteilzeit, Urlaub, Überstunden, Kostendämpfungspauschale, Forderungen Studieninstitut), dem Sozialbereich (Ambulante Leistungen, Fürsorgestelle, Integrationsfachdienst) und anderen

(Schulgirokonten, WWE-Projekt, Prüfung Gemeindeprüfungsanstalt, Spitzabrechnung Jugendamtsumlage, Tierkörperbeseitigungsanstalt) ausgewiesen.

i) Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten enthalten neben Kreditverbindlichkeiten gegenüber Banken auch weitere Verbindlichkeiten gegenüber dem Jugendheim Rödinghausen in Höhe von 1,75 Mio. EUR aus Liquiditätsmanagement sowie Verbindlichkeiten aus Schuldendiensthilfen in Höhe von 2,3 Mio. EUR; Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 2,15 Mio. EUR und Verbindlichkeiten aus Transferleistungen in Höhe von 1,37 Mio. EUR.

IV. Angaben zu den Positionen in der Ergebnisrechnung

a) Ordentliche Erträge

Die Zuwendungen und allgemeine Umlagen der Ergebnisrechnung beinhalten zum wesentlichen Teil die Schlüsselzuweisungen in Höhe von 14,0 Mio. EUR sowie die Kreis-, Jugendamts- und Abfallumlage in Höhe von insgesamt 121,9 Mio. EUR. Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten belaufen sich auf 2,9 Mio. EUR.

Wesentlicher Bestandteil der öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte sind Verwaltungsgebühren (insbesondere Erträge aus dem Bereich Sicherheit und Ordnung / SVA) sowie Benutzungsgebühren (insbes. aus dem Bereich der Kinder,- Jugend- und Familienhilfe)

Die Kostenerstattungen und Kostenumlagen enthalten insbesondere Erträge aus Kostenerstattungen aus dem Bereich Soziale Leistungen.

b) Ordentliche Aufwendungen

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen beinhalten die Löhne, Gehälter und Bezüge für die zum Bilanzstichtag 700 Beschäftigten der Kreisverwaltung Herford sowie die Zuführungen zu Pensions- u. Beihilferückstellungen.

Der größte Anteil an den Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen ergibt sich aus der Bewirtschaftung der Grundstücke und Gebäude.

Die bilanziellen Abschreibungen in Höhe von 4,4 Mio. EUR spiegeln den Werteverzehr des Anlagevermögens wider.

Die Transferaufwendungen als größter Anteil der einzelnen Aufwandspositionen im Ergebnis beinhaltet als wesentliche Aufwandsposition die Landschaftsumlage in Höhe von 40,9 Mio. EUR. In den sonstigen ordentlichen Aufwendungen nimmt die Leistungsbeteiligung für Unterkunft und Heizung aus dem Bereich Soziale Leistungen mit 32,7 Mio. EUR den größten Anteil ein.

c) Finanzerträge / Finanzaufwendungen

Die Finanzerträge sind geprägt durch die Zugänge aus den Gewinnanteilen der Sparkasse mit 0,8 Mio. EUR und durch die Zuführung des Stiftungskapitals „Zukunft im Wittekindskreis“ mit 0,45 Mio. EUR von der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Jugendheim“. Die Zinsen betreffen im Wesentlichen die Zinsaufwendungen für Darlehen.

V. Sonstige Angaben

Die Kreisverwaltung Herford unterhält 5 eigenbetriebsähnliche Einrichtungen, die als Produkte im Haushalt ausgewiesen werden. Die Einrichtungen führen eine eigenständige kaufmännische Buchhaltung mit jeweils eigenen kaufm. Abschlüssen.

Verpflichtungen aus Leasingverträgen bestehen für Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung nur in geringem Umfang.

Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten für Verbindlichkeiten bestehen nur im Rahmen der im Geschäftsverkehr üblichen Eigentumsvorbehalte.

Die Kreisverwaltung hat Bürgschaften in Höhe von insgesamt 0,8 Mio. EUR übernommen.

Herford, 12.11.2008

aufgestellt:

bestätigt:

Hans Stuller
(Kämmerer)

Lieselore Curländer
(Landrätin)

Lagebericht für das Haushaltsjahr 2007

Nach § 37 Abs. 2 der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) ist der Jahresabschluss durch einen Lagebericht entsprechend § 48 zu ergänzen.

Der Lagebericht soll einen Überblick über die wichtigen Ergebnisse aus der Aufstellung des Jahresabschlusses und Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft im abgelaufenen Jahr geben und so gefasst werden, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Schuldenlage der Gemeinde vermittelt wird. Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, auch solcher, die nach dem Bilanzstichtag eingetreten sind, ist zu berichten. Außerdem hat der Lagebericht eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang der gemeindlichen Aufgabenerfüllung entsprechende Analyse der Haushaltswirtschaft und der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde zu enthalten. Auch ist auf die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Gemeinde einzugehen; zu Grunde liegende Annahmen sind anzugeben.

1. Allgemeines

Der Kreis Herford verwaltet gem. § 1 Abs. 1 KrO sein Gebiet zum Besten der kreisangehörigen Städte und Gemeinden und ihrer Einwohner nach den Grundsätzen der gemeindlichen Selbstverwaltung. Er ist Gemeindeverband, Gebietskörperschaft, untere staatliche Verwaltungsbehörde und ausschließlicher und eigenverantwortlicher Träger der öffentlichen Verwaltung zur Wahrnehmung überörtlicher Angelegenheiten. Ferner nimmt der Kreis durch Gesetz übertragene Aufgaben wahr.

Die Palette der Aufgabenwahrnehmung des Kreises umfasst vielfältige Aufgaben in Bereichen der Dienstleistungs- und Ordnungsverwaltung, die der Kreis Herford insbesondere auf den Feldern Gesundheit, Umwelt, Planen und Bauen, Schule und Kultur, Soziales, Jugend und Sport, Sicherheit und Ordnung, Straßenverkehr, Veterinär- und Lebensmittelüberwachung, Kataster und Vermessung, Bildung und Wirtschaft wahrnimmt.

Diese Aufgabenwahrnehmung erfordert ein modernes Steuerungs- und Buchhaltungssystem. Der Kreis Herford erfasst seit dem 01.01.2006 seine Geschäftsvorfälle nach dem doppelten Buchführungssystem des Neuen Kommunalen Finanzmanagements gem. § 1 Abs. 1 NKFG. Der gesamte Haushalt wurde zu diesem Stichtag von der bisherigen kameralen Haushaltsführung in das doppelte System des NKF umgestellt.

2. Vorgänge von besonderer Bedeutung

2.1 Organisationsentwicklung

2.1.1 Organisatorische Veränderungen

In 2007 sind 2 Amtsleitungen ausgeschieden bzw. in die Freistellungsphase der Altersteilzeit gegangen. Diese Stellen sind zur Reduzierung der Leitungsstellen genutzt worden; zum einen sind die beiden Ämter 70 -Umwelt- und 72 -Landschaft und Bauen- zu dem Amt „Umwelt, Planen und Bauen“ zusammengeführt worden und zum anderen ist der Leiter des Personalservice zusätzlich mit der Leitung der Abteilung VL der Kreispolizeibehörde beauftragt worden. Im Kontext der Fortentwicklung der Leitungsstellen bei der Kreisverwaltung Herford sowie der vom Land NRW angestellten Überlegungen zur Neustrukturierung der Kreispolizeibehörden ist hier eine langfristig tragbare Lösung zu suchen.

2.1.2 Gründung der Stiftung „Zukunft im Wittekindskreis“

Der Kreistag hat am 09.07.2004 die Gründung einer Stiftung „Zukunft im Wittekindskreis“ beschlossen. Die rechtliche Anerkennung der Stiftung erfolgte am 12.12.2007 durch die

Bezirksregierung Detmold. Die Stiftung „Zukunft im Wittekindskreis“ unterstützt Projekte, die gemeinnützig sind und ihren Wirkungskreis im Kreisgebiet finden bzw. kreisübergreifende Projekte, wenn sie vom Kreis Herford aus initiiert, begleitet oder betreut werden. In die Stiftung wurde ein Stiftungsvermögen von 800.000 EUR (Veräußerungserlösen der Kinderkurklinik „Haus Herford“ in Binz/Rügen), eine Zustiftung von 350.000 EUR (betragsgleich der Zustiftung MVA Bielefeld-Herford GmbH) und 180.000 EUR (30 % Ertragsanteil aus den E.ON-Anteilen) zugeführt. Diese Zuführung wurde ergebnisrechnungsneutral durch einen Aktivtausch in Höhe von 875.561,65 EUR in der Bilanz des Kreises vorgenommen. Der Restbetrag von 454.438,35 EUR ergibt sich aus direkten Zuführungen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Jugendheim“.

2.1.3 Wesentliche Verträge

Auf Beschluss des Kreistages vom 20.11.2003 werden die Anteile an der RWWE AG nach Ablauf von fünf Jahren an die RWE Energy AG verkauft. Der Verkaufserlös von 3.188.571,43 EUR wird am 15.01.2009 fällig und wird als Erlös im Haushalt 2009 veranschlagt.

2.2 Personalentwicklung

2.2.1 Personalaufwand

Im Jahre 2007 sind Personalaufwendungen in Höhe von 31.131.026,58 € zu verzeichnen.

Gemäß Tarifabschluss erhielten Beschäftigte im Oktober 2007 einen Strukturausgleich und wurden gleichzeitig in die nächst höhere Stufe eingruppiert. Des Weiteren sind Einmalzahlungen in Höhe von je 150,00 € im April und Juli 2007 geflossen. Erstmalig ist ein Volumen von 125.640 € im Rahmen der leistungsorientierten Bezahlung nach dem „Gießkannenprinzip“ an die tariflich Beschäftigten ausgeschüttet worden. Die Beamten erhielten im Juli 2007 eine Einmalzahlung in Höhe von 350 €.

Im August 2007 wurden die Möglichkeiten zur Inanspruchnahme von Altersteilzeit erweitert. Den Beamtinnen und Beamten konnte nunmehr nach Vollendung des 55. Lebensjahres Altersteilzeit gewährt werden. Im Tarifbereich ist die Begrenzung auf maximal 5 Jahre aufgehoben worden. Mit dieser Ausweitung ist die Möglichkeit einer umfangreicheren und insbesondere frühzeitigeren Inanspruchnahme von Altersteilzeit und gleichzeitig aber auch der Rahmen für neue personalwirtschaftliche Maßnahmen geschaffen worden, die kurzfristig zu höheren Aufwendungen insbesondere für die zu bildende Rückstellung führen, aber langfristig die weitere Reduzierung von Personalaufwendungen eröffnen. Nach Umgestaltung der Altersteilzeitregelung sind verstärkt Anträge auf Altersteilzeit gestellt worden, so dass die Rückstellung über eine erhöhte Zuführung zum Jahresabschluss 2007 um 1,2 Mio. steigt. Bis 2010 wird die Höhe der Rückstellung relativ konstant bleiben. Ab 2011 wird der Bestand durch Inanspruchnahme von Beschäftigten in der Freistellungsphase kontinuierlich sinken.

2.2.2 Versorgungsaufwand

Im Haushaltsjahr 2007 sind als Versorgungsaufwendungen die Zuführung zu Pensionsrückstellungen für Versorgungsempfänger verbucht worden, die anhand des versicherungsmathematischen Gutachtens der Firma Heubeck AG ermittelt wurden.

2.2.3 Entwicklungen der Rückstellungen

Die Rückstellungen für die Inanspruchnahme von Altersteilzeit sind von 1,18 Mio. EUR in 2006 auf 1,88 Mio. EUR angestiegen. Dieser Anstieg beruht auf der oben dargestellten Erweiterung der Möglichkeiten zur Inanspruchnahme von Altersteilzeit.

2.2.4 Stellenplanvergleich 2006 / 2007

	2006	2007	Veränderung
Beamte	248,609	248,380	- 0,1 %
Beamte Klinikum, EB	14,500	13,500	- 6,9 %
Tariflich Beschäftigte	331,665	328,836	- 0,2 %
Gesamt (ohne Klinikum, EB)	580,274	577,216	- 0,5 %
Beamte z.A.	11,000	10,000	- 9,1 %
Nachwuchskräfte	44,000	46,000	+ 4,5 %

Ein Vergleich der Stellenpläne 2006 / 2007 zeigt eine geringfügige Reduzierung der Gesamtzahl der Beamten-, Angestellten- und Arbeiterstellen der Kreisverwaltung (ohne Klinikum und eigenbetriebsähnliche Einrichtungen) von 0,5 %.

Etwa konstant geblieben ist die Gesamtzahl der Nachwuchs- und Probezeitstellen.

2.3 Integration SGB-II-Kosten in allgemeine Kreisumlage

Im Kreis Herford werden die Aufgaben des SGB II durch die Arbeitsgemeinschaft (ARGE) des Kreises Herford und die Agentur für Arbeit gemeinsam wahrgenommen. Die Kosten wurden bis 2006 separat auf die kreisangehörigen Städte und Gemeinden umgelegt. Dieses bis dato landesweit von den Kommunalaufsichtsbehörden als „Herforder Modell“ tolerierte Finanzierungsmodell wurde ab dem Haushaltsjahr 2007 aufsichtsbehördlich nicht mehr akzeptiert.

Sämtliche SGB II-Kosten wurden daher unter Inkaufnahme einer Erhöhung der Kreisumlagehebesätze in den allgemeinen Kreishaushalt überführt. Dies führte im Haushaltsjahr 2007 zu einer zusätzlichen Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes von 8,85 %.

2.4 Einmalige Spitzabrechnung SGB-II-Kosten

Am 19.11.2007 hat der Kreistag die Nichtanforderung von anteiliger Kreisumlage zugunsten der Städte und Gemeinden aufgrund der Abrechnung der Kosten, die dem Kreis Herford durch die Wahrnehmung der Aufgaben nach dem SGB II entstehen, in Höhe von 3,3 Mio. EUR beschlossen. Dieses Verfahren ist von der Aufsichtsbehörde einmalig nach Auslaufen der Spitzabrechnung nach dem so genannten „Herforder Modell“ akzeptiert worden.

2.5 Haushaltssicherungskonzept

Das Haushaltssicherungskonzept 2007 bis 2010 wurde mit Bescheid der Bezirksregierung Detmold vom 21. März 2007 genehmigt. Die Haushaltssicherung endete mit Ablauf des Haushaltsjahres am 31.12.2007.

3. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Haushaltsjahres

Nach dem Gesetz zur Eingliederung der Versorgungsämter in die allgemeine Verwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen ist dem Kreis Herford mit Wirkung vom 01.01.2008 zur ordnungsgemäßen Aufgabenwahrnehmung Personal im Umfang von insgesamt 10,6 Vollzeitstellen zugeordnet worden. Es wurden Beamtinnen und Beamte im Umfang von 4,75 Stellen auf den Kreis Herford übergeleitet. Die weiteren Stellenanteile werden durch

Tarifbeschäftigte abgedeckt, die im Wege der Personalgestellung vom Land Nordrhein-Westfalen zur Arbeitsleistung zur Verfügung gestellt worden sind.

Nach dem Gesetz zur Kommunalisierung von Aufgaben des Umweltrechts ist dem Kreis Herford mit Wirkung vom 01.01.2008 zur ordnungsgemäßen Aufgabenwahrnehmung Personal im Umfang von 5 Vollzeitstellen zugeordnet worden. Hier wird die Aufgabe einer Stelle von einem Tarifbeschäftigten, der im Wege der Personalgestellung vom Land Nordrhein-Westfalen zur Arbeitsleistung zur Verfügung gestellt worden ist, wahrgenommen. Die übrigen 4 Stellen sind mit Beamten, die zum Kreis Herford übergeleitet worden sind, besetzt worden.

Zum 01.01.2008 ist der Kreis Herford in die Trägerschaft des neu gegründeten „Chemischen und Veterinäruntersuchungsamt CVUA OWL“ - eine Anstalt des öffentlichen Rechts - eingetreten. Träger der Anstalt sind das Land Nordrhein-Westfalen sowie die Stadt Bielefeld und die Kreise Gütersloh, Herford, Höxter, Lippe, Minden-Lübbecke und Paderborn. Das Stammkapital der Anstalt beträgt 250.000,00 Euro. Das Stammkapital sowie der Gründungsaufwand werden aus dem Überschuss eines der Gründung vorhergehenden Pilotprojektes zur Stärkung der Leistungsfähigkeit im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes und der Tiergesundheit bestritten. Aus dem Eintritt in die Trägerschaft resultiert die Verpflichtung zur Gewährträgerhaftung, der Trägeranteil ist zum 01.01.2008 in der Bilanz des Kreises Herfords zu aktivieren.

Der Kreis Herford nimmt seine Interessen als Aufgabenträger im Schienenpersonennahverkehr im neu gegründeten Zweckverband Nahverkehr Westfalen (ZNW) über seine Verbandsmitgliedschaft im Verkehrsverbund Ostwestfalen-Lippe wahr.

Der Schulpsychologische Dienst ist 2008 neben der Besetzung mit Psychologen des Landes auch mit einer Stelle vom Kreis Herford besetzt worden. Zu der Wahrnehmung der Aufgabe sind zu dem weitere Vorgaben des Landes Nordrhein-Westfalen bzw. der Bezirksregierung Detmold gegeben worden. Danach soll eine räumliche Verbindung mit Dienststellen des Schulamtes, des Jugendamtes und der Erziehungsberatung nicht erfolgen. Zu dem ist es notwendig, dass die Tätigkeit des schulpsychologischen Dienstes durch eine Sekretariatskraft (Zeitaufwand nach derzeitiger Einschätzung im Umfang einer ½ Stelle) unterstützt wird. Eine entsprechende Stelle ist im Stellenplan für das Jahr 2009 eingerichtet worden.

Zum 01.07.2008 ist mit der E.ON Westfalen Weser AG ein Vertrag über ein Energie-Einspar- und Liefercontracting abgeschlossen worden. Ziel des Vertrages ist es, den Energieverbrauch zu senken, die Energiekosten nachhaltig zu reduzieren, die Erzeugeranlagen zu sichern sowie die CO₂-Emissionen erheblich zu mindern. Weiteres Ziel war es zudem, Planungssicherheit für die Haushalte für die kommenden Jahre zu erreichen. Erreicht wird dies durch einen Festpreis für die Investitionen in Gebäude und Anlagentechnik in Höhe von 16.305.131 EUR und einen Leistungspreis, der unabhängig von Witterungseinflüssen gleich bleibend ist und erstmalig zum 01.01.2010 durch eine festgelegte Preisgleitklausel angepasst werden kann. Der Vertrag sieht vor, in den kommenden 4 Jahren die Wärme-Erzeugeranlagen und diverse betriebstechnische Anlagen zu erneuern sowie Baumaßnahmen an den Gebäuden der Berufskollegs und den Verwaltungsgebäuden an der Amtshausstraße durchzuführen. Da für Teile der geplanten Maßnahmen bereits Aufwendungen aus der Instandhaltungsrücklage vorgesehen waren, kann diese zum Teil ertragswirksam aufgelöst werden (0,44 Mio. EUR). Infolge dieses Vertrages steigt zum einen die Verschuldung des Kreises Herford von bisher 26,08 Mio. EUR auf 42,38 Mio. EUR, zum anderen werden die künftigen Jahre mit bilanziellen Abschreibungen für die geleisteten Investitionen belastet.

Der Kreistag hat am 17.10.2008 die Auflösung der Beschäftigungsförderungsgesellschaft im Kreis Herford „Die Chance gGmbH“ beschlossen. Die formelle Umsetzung dieser Auflösung kann erst nach Beschlussfassung der Beschlussgremien aller Gesellschafter und anschließend dem Beschluss der Gesellschafterversammlung im Laufe des Jahres 2009 umgesetzt werden.

Der Kreis Herford ist mit 1,9223 % an der E.ON Westfalen Weser AG beteiligt. Die Beteiligung des Kreises ist in die eigenbetriebsähnliche Einrichtung „Jugendheim“ eingelegt worden. Die bisher gezahlten Dividenden (in 2008 für 2007: 812.907,90 €) wurden zur Verlustabdeckung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Jugendheim“ verwandt. Überschießende Beträge sind bis zu einem Betrag in Höhe von 600.000 € p. a. der Stiftung „Zukunft im Wittekindskreis“ zuzuführen. Die E.ON Energie AG beabsichtigt eine Umstrukturierung ihrer Regionalversorger. Der Kreistag hat für die Umsetzung des Strukturprojekts regi.on einer „Änderungsvereinbarung zum Konsortialvertrag vom 04.07.2003“ sowie einen „Konsortialvertrag zur Veräußerung der IAE-Anteile zum einen und der Put-Option der EWAV zum anderen“ zugestimmt.

Die Trägerschaft der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Museum wechselt zum 01.01.2009 zur Stadt Bünde. Aus der vertraglichen Ausgestaltung des Überganges ergibt sich eine Zahlungsverpflichtung an die Stadt Bünde in Höhe von 4,99 Mio. EUR aufgeteilt auf die Jahre 2009 - 2015.

4. Wirtschaftliche Lage

4.1 Ertragslage

Das Haushaltsjahr 2007 war für den Kreis Herford wirtschaftlich ein erfolgreiches Jahr. Sowohl der weitergeführte Konsolidierungskurs des Haushaltssicherungskonzeptes als auch der unerwartet gute Konjunkturverlauf konnten zum erheblich positiveren Ergebnis als erwartet beitragen.

Entgegen des geplanten Defizits in Höhe von 3,18 Mio. EUR konnte das Haushaltsjahr 2007 mit einem Überschuss von 1,36 Mio. EUR abgeschlossen werden.

Die Mehrerträge im Bereich der **Steuern und Abgaben** resultieren ausschließlich aus der erhöhten Wohngeldpauschale des Landes, das 1,99 Mio. EUR zusätzlich auszahlte.

Die Leistungsbeteiligung des Bundes zu den Kosten für Unterkunft und Heizung war im Planansatz 2007 als „Zuwendung“ veranschlagt worden, musste aber aufgrund geänderter Erlasslage als „Kostenerstattung“ (10,16 Mio. EUR) verbucht werden. Hieraus resultieren im Wesentlichen Mindererträge bei den **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** und Mehrerträge bei **Kostenerstattungen und Kostenumlagen**.

Sonstige Ersatzleistungen, Kostenbeiträge, Aufwendungsersatz, Rückzahlung gewährter Hilfe und Ersatzleistungen aus Vorjahren erzielten in den **sonstigen Transfererträgen** einen Überschuss in Höhe von 0,94 Mio. EUR im Vergleich zum Planansatz.

Die Mehrerträge aus **Sonstigen ordentlichen Erträgen** beruhen auf Mehrerträgen aus Zuschreibungen von Forderungen von 0,96 Mio. EUR und auf der Auflösung von Rückstellungen von 0,41 Mio. EUR.

Die **Personalaufwendungen** 2007 entwickelten sich mit einem Ergebnis von insgesamt 31,13 Mio. EUR im Wesentlichen wie veranschlagt. Die Versorgungsaufwendungen liegen 1,47 Mio. EUR höher als veranschlagt.

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** bleiben eine knappe Million unter dem Ansatz.

Die **bilanziellen Abschreibungen** fallen nur knapp über dem Ansatz aus.

ANLAGE VIII, LAGEBERICHT

Im Bereich der **Transferaufwendungen** wurde der ursprünglich geplante Aufwand um 2,9 Mio. EUR unterschritten. Auch die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** blieben 1,8 Mio. EUR hinter dem Ansatz.

4.1.1 Haupterträge

Die Haupterträge des Kreises Herford beruhen im wesentlichen auf den Schlüsselzuweisungen des Landes und auf der von den kreisangehörigen Städten und Gemeinden zu erhebenden allgemeinen Kreisumlage.

4.1.2 Entwicklung der Ertragslage

4.1.2.1 Ertragslage aus laufender Verwaltungstätigkeit

Die ordentlichen Erträge sind in der Ergebnisrechnung höher ausgefallen als in der ursprünglichen Ergebnisplanung (185,78 Mio. EUR) angenommen. Die knappe Unterschreitung des fortgeschriebenen Ansatzes der Erträge durch das tatsächlichen Ergebnis ist Zeugnis sachgerechter Kalkulation. Die ordentlichen Aufwendungen bleiben im Plan-Ist-Vergleich erheblich unter dem fortgeschriebenen Planwert und auch unter der ursprünglichen Planwert (187,72 Mio. EUR).

Ertragslage aus laufender Verwaltungstätigkeit	Fortgeschriebener Ansatz 2007	Ergebnis 2007	Abweichung	
	EUR	EUR	EUR	%
Ordentliche Erträge	187.828.467,92	187.253.311,19	-575.156,73	- 0,31
Ordentliche Aufwendungen	190.065.726,58	186.531.665,17	-3.534.061,41	- 1,86
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-2.237.258,66	721.646,02	2.958.904,68	- 132,26

Wesentliche Ergebnispositionen im Überblick:

Bezeichnung	Fortgeschriebener Ansatz 2007	Ist-Ergebnis 2007	Abweichung	
	EUR	EUR	EUR	%
Erträge				
Allgemeine Kreisumlage	108.759.588,00	105.184.044,00	-3.575.544,00	- 3,29
Zuwendungen und allgem. Umlagen (ohne allg. Kreisumlage und Zuweisungen vom Land)	33.267.328,83	21.019.797,37	-12.247.531,46	- 36,82
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	6.214.382,77	16.029.480,59	9.815.097,82	157,94
Schlüsselzuweisungen	14.016.136,00	14.017.205,00	1.069,00	0,01
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	10.755.952,74	10.942.358,03	186.405,29	1,73
Zuweisungen vom Land	5.879.300,00	6.687.377,03	808.077,03	13,74
Sonstige ordentliche Erträge	3.857.529,58	5.312.925,83	1.455.396,25	37,73
Steuern und ähnliche Abgaben	2.864.230,00	4.851.302,96	1.987.072,96	69,38
Sonstige Transfererträge	1.890.500,00	2.825.511,42	935.011,42	49,46

Bezeichnung	Fortgeschriebener Ansatz 2007	Ist-Ergebnis 2007	Abweichung	
	EUR	EUR	EUR	%
Aufwendungen				
Transferaufwendungen (soziale Leistungen)	56.304.702,02	53.673.655,51	-2.631.046,51	- 4,67
Sonstige ordentliche Aufwendungen	46.255.914,99	44.420.905,96	-1.835.009,03	- 3,97
Landschaftsumlage	41.247.538,00	40.981.567,07	-265.970,93	- 0,64
Personal- und Versorgungsaufwendungen	31.306.114,51	33.441.337,58	2.135.223,07	6,82
Sach- und Dienstleistungen	10.585.359,40	9.597.791,81	-987.567,59	- 9,33
Abschreibung auf Sachanlagen	4.366.097,66	4.416.407,24	50.309,58	1,15

4.1.2.2 Finanzlage aus Investitionstätigkeit

Bezeichnung	Fortgeschriebener Ansatz 2007	Ergebnis 2007	Abweichung	
	EUR	EUR	EUR	%
Einzahlungen	1.063.122,13	1.267.959,98	204.837,85	19,27
Auszahlungen	8.182.337,62	3.273.874,53	-4.908.463,09	- 59,99
Ergebnis	-7.119.215,49	-2.005.914,55	5.113.300,94	- 71,82

Die Erhöhung des fortgeschriebenen Ansatzes für Auszahlungen aus Investitionstätigkeit gegenüber dem ursprünglichen Planansatz (2,54 Mio. EUR) beruht im Wesentlichen auf Ermächtigungsübertragungen aus 2006 (4,65 Mio. EUR).

4.1.2.3 Finanzlage aus Finanzierungstätigkeit

Bezeichnung	Fortgeschriebener Ansatz 2007	Ergebnis 2007	Abweichung	
	EUR	EUR	EUR	%
Einzahlungen	1.548.815,00	6.041.036,91	4.492.221,91	290,04
Auszahlungen	5.624.101,62	14.962.363,18	9.338.261,56	166,04
Ergebnis	-4.075.286,62	-8.921.326,27	-4.846.039,65	

Die massive Überschreitung und Fortschreibung des Ansatzes beruht zum einen auf einen Wechsel eines Kredites beim gleichen Kreditinstitut in Höhe von 5,9 Mio. EUR (ein solcher Wechsel führt im NKF zu Bewegungen im Finanzplan) und zum anderen auf der kurzfristigen Tilgung von Kassenkrediten aus 2006 in Folge der guten Liquidität 2007.

4.1.2.4 Liquidität

Die Finanzrechnung weist insgesamt folgende Ergebnisse im Plan / Ist – Vergleich aus:

Bezeichnung	Fortgeschriebener Ansatz 2007	Ergebnis 2007	Abweichung	
	EUR	EUR	EUR	%
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	186.274.940,19	196.523.884,28	10.248.944,09	5,50
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	1.063.122,13	1.267.959,98	204.837,85	19,27
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	1.548.815,00	6.041.036,91	4.492.221,91	290,04
Summe der Einzahlungen	188.886.877,32	203.832.881,17	14.946.003,85	7,91
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	180.801.684,43	178.826.339,32	-1.975.345,11	- 1,09
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	8.182.337,62	3.273.874,53	-4.908.463,09	- 59,99
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	5.624.101,62	14.962.363,18	9.338.261,56	166,04
Summe der Auszahlungen	194.608.123,67	197.062.577,03	2.454.453,36	1,2612
Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln	-5.721.246,35	6.770.304,14	12.491.550,49	218,34

Im Bereich der Auszahlungen für Investitionstätigkeiten wurden für laufende bzw. noch nicht abgerechnete Investitionen Ermächtigungsübertragungen in das Haushaltsjahr 2008 in Höhe von 2.783.958,79 EUR vorgenommen. Sonstige Beträge wurden nicht mehr für Investitionen benötigt.

4.2 Investitionen und Finanzierung

Mit 3.273.874,53 EUR erreichen die Auszahlungen für Investitionstätigkeit 74,13 % der bilanziellen Abschreibungen in Höhe von 4.416.407,24 EUR.

4.3 Vermögens- und Schuldenlage

Die Bilanzsumme zum 31.12.2007 beträgt 258.975.530,73 EUR und weist damit eine Abnahme gegenüber der Schlussbilanz 31.12.2006 in Höhe von 2.493.582,88 EUR (0,95 %) aus.

Grad der finanziellen Unabhängigkeit

$$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital}} = \frac{26.785.137,92 \times 100}{258.975.530,73} = 10,34 \%$$

Grad der Verschuldung

$$\frac{\text{Fremdkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital}} = \frac{40.922.222,90 \times 100}{258.975.530,73} = 15,80 \%$$

Anlagendeckung I

$$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Anlagevermögen}} = \frac{26.785.137,92 \times 100}{221.585.490,06} = 12,09 \%$$

4.4 Gesamtlage

Insgesamt war das Haushaltsjahr 2007 - auch infolge der Beschränkungen des Haushaltssicherungskonzeptes - ein finanziell erfolgreiches Jahr, das statt mit dem geplanten Jahresfehlbetrages von -3,18 Mio. EUR erfreulicherweise mit einem Jahresüberschuss von 1,36 Mio. EUR abgeschlossen werden konnte.

5. Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung

Der positive Trend in den Ergebnisrechnungen der Jahre 2006 und 2007 ist zum einen durch die durchgängige vorläufige Haushaltsführung in 2006 sowie das Haushaltssicherungskonzept 2007 und zum anderen durch positive Effekte der konjunkturellen Entwicklung günstig beeinflusst worden. Die Fortsetzung dieses Trends ist nach Beendigung der zweijährigen Phase der Haushaltssicherung ohne deutliche Verbesserung der Ertragslage nicht zu erwarten.

Deshalb ist die Beibehaltung des Spar- und Konsolidierungskurses erforderlich, um die auflaufenden Fehlbeträge abzubauen.

Bei Ausschöpfung der gesetzlich vorgegebenen Kreditfinanzierungsmöglichkeiten für Investitionen würden nicht unerhebliche Liquiditätsreserven geschaffen. Da die kreisangehörigen Städte und Gemeinden bereits mehrfach Kritik an höheren Liquiditätsreserven des Kreises gegen Ende des mittelfristigen Finanzplanungszeitraumes geäußert haben, sieht der Verwaltungsentwurf für den Haushalt 2009 abermals eine Beschränkung der Aufnahme von Investitionskrediten vor. Nach dem Verzicht auf 1 Mio. EUR in 2008, wird vorgeschlagen in 2009 auf Kreditaufnahmen in Höhe von 6 Mio. EUR zu verzichten.

Auswirkungen für die zukünftige Haushaltswirtschaft ergeben sich insbesondere aus dem politischen und gesamtwirtschaftlichen Umfeld.

Im Bereich der sozialen Aufwendungen ist trotz sinkender Hilfeempfängerzahlen im SGB-II-Bereich mit einer weiteren Kostensteigerungen zu Lasten der kommunalen Haushalte zu rechnen, da Kostensteigerungen - insbesondere im Energiebereich -, Qualitätsanhebungen, höhere Lebenserwartungen nicht ohne Gegenfinanzierungen möglich sind. Zusätzlich senkt der Bund, seinen SGB-II-Anteil kontinuierlich von ursprünglich 29,1 v.H. im Jahr 2005 auf mittlerweile 25,4 v.H. in 2009.

6. Organe des Kreises Herford

Verwaltungsvorstand		Mitgliedschaften im Sinne des § 95 Abs. 2 Nr. 3 – 5 GO
Curländer, Lieselore	Landrätin	• Vorsitzende des Verwaltungsrates des Klinikums Herford AöR • Vorsitzende des Kuratoriums der Stiftung Zukunft im Wittekindskreis • Mitglied der Trägerversammlung der Arbeitsgemeinschaft zwischen der Agentur für Arbeit und dem Kreis Herford • Vorsitzende der Gesellschafterversammlung der Kommunalen Beteiligungsgesellschaft für den lokalen Rundfunk im Kreis

		Herford • Mitglied der Gesellschafterversammlung Die Chance gGmbH • Mitglied des Kuratoriums der Landwirtschaftsschule Herford • Geschäftsführerin des Kuratoriums der Landwirtschaftsschule Herford • Geschäftsführerin der Höheren Landbauschule • Mitglied der Gesellschafterversammlung der Minden-Herforder Verkehrsgesellschaft • Mitglied der Mitgliederversammlung der Initiative Wirtschaftsstandort Herford e.V. • Mitgliederversammlung des Vereins der Freunde und Förderer e.V. des Westfälisch-Lippischen Universitätsgesellschaft • Mitgliederversammlung der Biologischen Station Ravensberg e.V. • Mitglied des Fachbeirates der OWL-Marketing • Mitglied der Zweckverbandsversammlung des Kommunalen Rechenzentrums Minden-Ravensberg/Lippe • Vorsitzende des Verwaltungsrates des Zweckverbandes Verkehrsverbund Ostwestfalen-Lippe • Mitglied der Verbandsversammlung des Werre-Wasserverbandes • Mitglied der Zweckverbandsversammlung der Sparkasse im Kreis Herford • Vorsitzende des Kuratoriums der Sparkassenstiftungen • Mitglied des Verwaltungsrates des Kommunalen Rechenzentrums Minden-Ravensberg/Lippe • Verbandsvorsteherin des Zweckverbandes Verkehrsverbund Ostwestfalen-Lippe • Mitglied der Gesellschafterversammlung Agentur Nahverkehr • Mitglied des Vorstandes des Landkreistages Nordrhein-Westfalen • Mitglied des Kuratoriums des Freiherr-vom-Stein-Institutes • Mitglied der Verbandsversammlung des Westfälisch-Lippischen Sparkassen und Giroverbandes • Vorsitzende des Verwaltungsrates der Sparkasse im Kreis Herford • Vorsitzende des Kreditausschusses der Sparkasse im Kreis Herford • Vorsitzende des Hauptausschusses der Sparkasse im Kreis Herford • Vorsitzende des Aufsichtsrates des Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) am Klinikum Herford • Mitglied der Hauptversammlung der E.ON Westfalen Weser AG • Vorsitzende des Beirates der E.ON Westfalen Weser AG • Mitglied des Aktionärsausschusses der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Aktionäre der E.ON Westfalen Weser AG • Mitglied des Beirates der Interargem-Entsorgungs-GmbH • Mitglied des Beirates der GVV • Beratendes Mitglied des Aufsichtsrates der MVA Bielefeld-Herford GmbH • Mitglied der Mitgliederversammlung und des Vorstandes der Nordwestdeutschen Philharmonie • Mitglied der Mitgliederversammlung der Kommunalen Aktionärsversammlung RWE Gas • Vorstandsvorsitzende der Initiative Wirtschaftsstandort Kreis Herford e.V. • Vorsitzende des Beirates des Mittelstands-Institutes im Kreis Herford • Mitglied des Lenkungskreises der Regionalagentur OstWestfalenLippe • Vereinsvorsitzende des Vereins zur Förderung der Schulen im Kreis Herford e.V.
--	--	---

		• Mitglied des Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit • Mitglied der Landschaftsversammlung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe • Vorsitzende des Aufsichtsrates der Bau- und Siedlungsgenossenschaft für den Kreis Herford e. G. • Vorsitzende des Aufsichtsrates der B & S Gesellschaft für Wohnungsbau, Stadt- und Dorferneuerung mbH • Vereinsvorsitzende des Fördervereins für das Stadttheater Herford e.V. • Mitglied des Vereins und Beisitzerin im erweiterten Vorstand Kunst, Möbel, Architektur • Stellvertretende Vorsitzende des Fördervereins Wohngruppe Mindener Straße • Mitglied des Vorstandes der Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. • Vorsitzende der Kriegsgräberfürsorge • Vereinsvorsitzende des Kreisheimatvereins • Vereinsvorsitzende der Touristikgemeinschaft Wittekindland e.V. • Mitglied des Vorstandes beim Kreissportbund • Mitglied des Vorstandes beim Kompetenzzentrum für Sport und gesunde Lebensführung OWL e.V. • 2. Vorsitzende des Kultur- und Verschönerungsvereins e.V.
--	--	--

ANLAGE VIII, LAGEBERICHT

Heemeier, Ralf	Kreisdirektor	- stellv. Mitglied der Gesellschafterversammlung der Minden-Herforder Verkehrsgesellschaft - Mitglied des Aufsichtsrates der Minden-Herforder Verkehrsgesellschaft - stellv. beratendes Mitglied des Aufsichtsrates der MVA Bielefeld-Herford GmbH - Mitglied der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Ostwestfalen-Lippe - stellv. Mitglied des Verwaltungsrates des Zweckverbandes Verkehrsverbund Ostwestfalen-Lippe - stellv. Mitglied des Fachbeirates der Ostwestfalen-Lippe Marketing GmbH - stellv. Mitglied des Beirates der kinder- und jugendpsychiatrischen Abteilung Klinikum Lippe - stellv. Vorsitzender des Verwaltungsrates des Klinikums Herford AöR - stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates des Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) am Klinikum Herford - stellv. Vorstandsvorsitzender der Stiftung „Zukunft im Wittekindskreis“ - stellv. Mitglied in der Hauptversammlung der e.on Westfalen Weser AG - stellv. Mitglied im Aktionärsausschuss AG kommunaler Aktionäre der e.on Westfalen Weser AG - stellv. Mitglied in der Gesellschafterversammlung AG kommunaler Aktionäre der e.on Westfalen Weser AG - stellv. Mitglied des Vorstands der Nordwestdeutschen Philharmonie
Stuller, Hans	Kämmerer	- stellv. Mitglied der Mitgliederversammlung der Kommunalen Aktionärsversammlung RWE Gas - stellv. Mitglied der Kommunalen Beteiligungsgesellschaft für den lokalen Rundfunk im Kreis Herford mbH - Mitglied des Vorstands der Stiftung „Zukunft im Wittekindskreis“ - stellv. Mitglied in der Hauptversammlung der e.on Westfalen Weser AG - stellv. Mitglied im Aktionärsausschuss AG kommunaler Aktionäre der e.on Westfalen Weser AG - stellv. Mitglied in der Gesellschafterversammlung AG kommunaler Aktionäre der e.on Westfalen Weser AG

Kreistagsmitglieder	Beruf	Mitgliedschaften im Sinne des § 95 Abs. 2 Nr. 3 – 5 GO
Abke, Beate	Steuerfachgehilfin, Buchhalterin	- Mitglied der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes im Kreis Herford - Mitglied im Kreispolizeibeirat - stellv. Mitglied des Aufsichtsrates der Minden-Herforder Verkehrsgesellschaft - stellv. Mitglied des Verwaltungsrates des Klinikums Herford AöR - CDU Kreis Herford
Antl, Christian	Bezirksleiter Deutsche Beamten Krankenversicherung	- Mitglied der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes im Kreis Herford - stellv. Mitglied des Aufsichtsrates der Minden-Herforder Verkehrsgesellschaft - Verein zur Förderung der Filmkunst in Löhne e.V. - Marianne Weber Kolleg e.V. - stellv. Mitglied des Kuratoriums der Stiftung „Zukunft im Wittekindskreis“

Aßbrock, Wolfgang (verstorben 06.12.07)	Mitglied des Landtages NRW	• Mitglied der Gesellschafterversammlung der Ostwestfalen-Lippe Marketing GmbH • Mitglied des Kuratoriums der Stiftung „Zukunft im Wittekindskreis“ • Gerbereimuseum Enger e.V. • Kompetenzzentrum für Sport und gesunde Lebensführung OWL e.V. • Mitglied der Landschaftsversammlung des LWL • Vorsitzender des Regionalrates des Regierungsbezirkes Detmold
Bäcker, Hans-Dieter	Pensionär	• Mitglied des Beirates beim Zweckverband „Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe“ • stellv. Mitglied der Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Westfalen-Lippe“ • Förderverein Berufsbildungszentren im Kreis Herford • Netzwerk Pro Ausbildung e.V.
Balz, Ingeborg	nicht berufstätig	• Bündnis 90/Die Grünen • Jugendschöffengericht Herford • stellv. Mitglied des Verwaltungsrates des Klinikums Herford • stellv. Mitglied der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes im Kreis Herford
Birkenstock, Olaf	Rechtsanwalt	• Mitglied der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes im Kreis Herford • stellv. Mitglied des Verwaltungsrates des Klinikums Herford AöR • stellv. Mitglied des Kuratoriums der Stiftung Zukunft im Wittekindskreis
Blomeyer, Hans Henning	Landwirt	• Landwirtschaftlicher Arbeitgeberverband Westf.-Lippe • stellv. Mitglied der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes im Kreis Herford • Mitglied des Beirates der Beschäftigungsgesellschaft „Die Chance gGmbH“ • stellv. Mitglied des Beirates der Arbeitsgemeinschaft für Arbeit im Kreis Herford (ARGE) • Mitglied der Verbandsversammlung des „Werre-Wasserverbandes“ • Deichverband Löhne • CDU-Stadtverband Löhne und Ortsverband Menninghüffen • Union-Hilfswerk e.V. (UHW) – Stadtverband Löhne • Mitglied des Kuratoriums der Landwirtschaftsschule Herford
Böhse, Friedel	Schulleiter	• stellv. Mitglied der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes im Kreis Herford • Arbeit und Leben e.V. – DGB/VHS (örtliche Arbeitsgemeinschaft) • Vorsitzender des Vereins für Aus- und Weiterbildung des Kreises Herford • Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Ortsverband Löhne) • Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Löhne-Gohfeld • stellv. Vorsitzender des SPD-Stadtverbandes Löhne • Vorstandsmitglied des DGB-Kreisvorstandes Kreis Herford
Bollenbach, Chris	Mitglied des Landtages NRW, Installateur- und Heizungsbauermeister	• stellv. Vorsitzender des Fördervereins des Dobergmuseums
Büker, Michael (ab 13.12.07)	Versorgungstechniker	• Mitglied der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Ostwestfalen-Lippe
Bungert, Sigrid	nicht berufstätig	• Mitglied der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes im Kreis Herford • stellv. Mitglied der Verbandsversammlung des Werre-Wasserverbandes • Mitglied des Polizeibeirates
Deichmann, Dr. Bernhard	Lehrer (Oberstudienrat)	• Mitglied der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes im Kreis Herford • stellv. Mitglied des Beirates der Beschäftigungsförderungsgesellschaft „Die Chance gGmbH“ • Mitglied des Beirates der Arbeitsgemeinschaft für Arbeit im Kreis Herford (ARGE) • Mitgliederversammlung der Biologischen Station Ravensberg e.V.

ANLAGE VIII, LAGEBERICHT

Deppermann, Bernd	Regierungs- oberamtsrat (z. Zt. Altersteilzeit – passive Phase)	• Mitglied des Aufsichtsrates der Müllverbrennungsanlage Bielefeld-Herford • Mitglied des Verwaltungsrates der Sparkasse Herford • Mitglied des Kuratoriums der Stiftung der Sparkasse Herford
Dingerdissen, Töns-Peter	Landwirt	• stellv. Mitglied der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes im Kreis Herford • stellv. Mitglied des Verwaltungsrates der Sparkasse Herford • stellv. Mitglied der Verbandsversammlung des Werre-Wasserverbandes • Mitglied des Vorstandes des CDU-Stadtverbandes Spenge • Ortslandwirt für Spenge-Lenzinghausen • Vorsitzender des Versicherungs-Vereins-Enger (WE), Friedrichsstr. 2-4, 32257 Bünde • Mitglied des Kuratoriums der Landwirtschaftsschule Herford
Ebmeyer, Hans	Filialleiter Sparkasse	• stellv. Mitglied des Beirates des Zweckverbandes „Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe“ • Mitglied der Verbandsversammlung des Werre-Wasserverbandes • stellv. Mitglied der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund OstWestfalen-Lippe
Eickmann, Friedhelm	Justizvollzugs- beamter JVA Herford	• Mitglied der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes im Kreis Herford • Mitglied des Verwaltungsrates des Klinikums Herford (Anstalt des öffentlichen Rechts) • stellv. Mitglied der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund OstWestfalen-Lippe • stellv. Mitglied des Kuratoriums der Landwirtschaftsschule Herford
Elbracht, Fritz	Handelsvertre- ter	• stellv. Mitglied der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes im Kreis Herford • stellv. Mitglied des Verwaltungsrates des Klinikums Herford (Anstalt des öffentlichen Rechts)
Frommholz, Götz	nicht berufstätig	• stellv. Mitglied der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes im Kreis Herford • Mitglied des Beirates der Beschäftigungsförderungsgesellschaft „Die Chance gGmbH“ • JU-Stadtverbandsvorsitzender Enger-Spenge • JU-Pressereferent Kreis Herford
Gläser, Eckard	Fachanwalt für Verwaltungs- recht	• Vors. Der Unabhängigen Wählergemeinschaft (UWG) Hiddenhausen • Stellv. Landesvorsitzender der Freien Wähler NRW • Mitglied im Verein „Freunde des Bismarckturms“ Herford • Mittelstandsvereinigung Deutschland • • Deutscher Anwaltsverein
Golücke, Hartmut	Schulleiter	• Mitglied der Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Westfalen-Lippe“ • Mitglied der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes im Kreis Herford • Mitglied des Kuratoriums der Landwirtschaftsschule Herford • Mitglied des Beirates der höheren Landbauschule • Vorsitzender AWO – Ortsverein Besenkamp
Grottendiek, Jeanette	Studentin	• Mitglied des Beirates der Arbeitsgemeinschaft für Arbeit im Kreis Herford (ARGE) • FDP Kreisverband Herford

Günther, Wolfgang	Oberamtsrat bei der Ev. Kirche von Westfalen, Landeskirchenamt-Archiv	• Mitglied der Verbandsversammlung des Zweckverbands Verkehrsverbund Ostwestfalen-Lippe • Mitglied des Aufsichtsrats der Minden-Herforder Verkehrsgesellschaft • Mitglied des Kuratoriums der Stiftung „Zukunft im Wittekindskreis“ • stellv. Mitglied der Verbandsversammlung des Zweckverbands „Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Westfalen-Lippe“ • stellv. Mitglied der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbands im Kreis Herford • stellv. Mitglied des Verwaltungsrats des Klinikums Herford (Anstalt des öffentlichen Rechts) • stellv. Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Spenge • Kassierer des AWO Spenge • Beisitzer des St.-Martins-Stift
Janz, Helmut (ab 03.12.07)	Dipl.-Sozialarbeiter	• Mitglied des Verwaltungsrates des Diakonieverbundes Schweicheln e.V.
Kämper, Helga	Kaufm. Angestellte	• keine
Karusseit, Rolf-Gert (ab 14.12.07)	Rentner	• Mitglied der Verbandsversammlung des Werre-Wasserverbandes
Klein, Bruno	Reparaturdienst (Schlosserei)	• keine
Krazewski, Klaus-Dieter (bis 05.12.07)	Familienberater / Sozialpädagoge	• Mitglied des Beirats der Arbeitsgemeinschaft für Arbeit im Kreis Herford (ARGE) • Mitglied des Polizeibeirats • Mitglied der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Ostwestfalen-Lippe • stellv. Mitglied des Verwaltungsrats des Klinikums Herford
Kunst, Michael	Inhaber von Telemarketing Michael Kunst; Geschäftsführer von Europool-GmbH, Europool-Consulting GmbH & Co.KG, Concepta OWL GmbH, TMK Call-Center Ltd., Order Call-Center Ltd., Inbound Call-Center Ltd., Telemarketing Kunst GmbH i.L.	• Mitglied der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes im Kreis Herford • Mitglied des Kuratoriums der Stiftung „Zukunft im Wittekindskreis“ • Mitglied der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Ostwestfalen-Lippe • Mitglied des Aufsichtsrats der Minden-Herforder Verkehrsgesellschaft • stellv. Mitglied des Beirats der Beschäftigungsförderungsgesellschaft „Die Chance gGmbH“ • Beratungsstellenleiter VLH (Vereinigte Lohnsteuerhilfe)
Möhle, Friedel	selbst. Handelsvertreter	• Mitglied der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes im Kreis Herford • Mitglied der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund OWL • stellv. Mitglied des Verwaltungsrates der Sparkasse Herford • Vorsitzender des CDU-Gemeindeverbandes Rödinghausen • Beisitzer des CDU-Kreisvorstandes, Berliner Str. 10, 32052 Herford

ANLAGE VIII, LAGEBERICHT

Mülbert, Lioba	selbst. Dipl.-Psychologin Beratung/ Supervision; psycholog.-ther. Beraterin bei der Frauenbera- tungsstelle Herford e.V.	• Mitglied des Verwaltungsrates des Klinikums Herford • stellv. Mitglied des Beirates der Arbeitsgemeinschaft für Arbeit im Kreis Herford (ARGE) • Mitglied des Aufsichtsrates des Med.-Versorgungszentrums Klinikum Herford
Neumann, Heinz-Werner	Sparkassen- betriebswirt	• stellv. Mitglied des Verwaltungsrates des Klinikums Herford
Nolte, Thomas	Lehrer	• keine
Paul, Stephen	Partner in einer Gesellschaft für Personal- und Unternehmens- entwicklung (Bielefeld/ Hamburg)	• Mitglied des Kuratoriums der Stiftung „Zukunft im Wittekindskreis“ • Mitglied des Verwaltungsrats der Sparkasse Herford • Mitglied der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe • stellv. Mitglied in der Versammlung des Sparkassenzweckverbandes • stellv. FDP-Kreisvorsitzender Herford, kooptiert in FDP-Vorständen des Stadtverbands Herford, Bezirksverband OWL, Landesverband NRW, in Landesvorstand Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker (VLK) und FDP-Landtagsfraktion NRW • Delegierter FDP-Bezirks-, Landes- und Bundesparteitag • FDP-Fraktionsvorsitzender der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe
Pörtner, Helmut	Rentner	• Mitglied der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes im Kreis Herford • stellv. Mitglied der Verbandsversammlung des Werre-Wasserverbandes • stellv. Mitglied der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Ostwestfalen-Lippe • Freiwillige Feuerwehr LG Rödinghausen
Richter, Ullrich	Geschäfts- führer Friedhofs GmbH Bielefeld und Krematorium Bielefeld Betriebs GmbH	• Mitglied der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes im Kreis Herford • BNU • BUND • LNU • Kuratorium des Vereins für Herforder Geschichte • Mitglied des Kuratoriums der Stiftung „Zukunft im Wittekindskreis“ • Kreisheimatverein
Roefs, Christoph	selbst. Unternehmens- berater	• Mitglied des Verwaltungsrates des Klinikums Herford AöR • stellv. Mitglied der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes im Kreis Herford • CDU-Kreistagsfraktion • stellv. Mitglied des Kuratoriums der Stiftung „Zukunft im Wittekindskreis“ • Mitglied des Aufsichtsrates des MVZ am Klinikum Herford
Schäpsmeier, Heinrich	Bezirksleiter R+V Versicherung	• Mitglied des Aufsichtsrates/Verwaltungsrates EWB Bünde • Mitglied des Beirates der Arbeitsgemeinschaft für Arbeit im Kreis Herford (ARGE) • Freie Wähler Kreis Herford

Schliebener, Gudrun	Technische Angestellte	• Mitglied der staatlichen Besuchskommission des Landes Nordrhein-Westfalen zur Überprüfung der Psychiatrischen Kliniken nach dem PsychKG • Ehrenamtliche RichterIn am Sozialgericht Detmold • Mitglied des Beirates der kinder- und jugendpsychiatrischen Abteilung Klinikum Lippe • Mitglied des Verwaltungsrates des Klinikums Herford • Mitglied des Aufsichtsrates des Medizinischen Versorgungszentrums am Klinikum Herford • Vorsitzende des Bundesverbandes der Angehörigen psychisch Kranker e.V. • Mitglied des Vorstands des Landesverbandes NRW der Angehörigen psychisch Kranker e.V. • Mitglied des erweiterten Vorstands des Kompetenznetzes Schizophrenie • Mitglied des Vorstands der Bundesarbeitsgemeinschaft der Gemeindepsychiatrischen Verbände (BAG-GPV) • Mitglied des Beirates des Bundesverbandes der Nervenärzte (BVDN) • Vorsitzende der Interessengemeinschaft der Angehörigen psychisch Kranker im Kreis Herford e.V. • Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfe im Kreis Herford • Sprecherin des Arbeitskreises Psychiatrie der PSAG im Kreis Herford • stellv. Sprecherin der unabhängigen Beschwerdestelle Psychiatrie im Kreis Herford
Schmitz, Uwe	Sonderschul- rektor i.R.	• Vertreterversammlung Bau- und Siedlungsgenossenschaft für den Kreis Herford e. G. • Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge
Schöneberg, Carsten	Leiter der Finanzabtei- lung/stellv. Verwaltungs- leiter des Kreiskirchen- amtes Lübbecke	• Mitglied der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes im Kreis Herford • stellv. Mitglied der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Ostwestfalen-Lippe • Vorsitzender des CDU-Gemeindeverbandes Kirchlingern
Schröder, Barbara	Dipl.- Pädagogin, Leiterin des Kinder- und Jugendhauses Lippinghausen	• Mitglied der Verbandsversammlung des Werre-Wasserverbandes • Mitglied des Polizeibeirates • Vorstandsmitglied/KassierereIn der AWO Schweicheln-Bermbeck e.V. • Vorsitzende des Fördervereins für Kinder- und Jugendarbeit in Schweicheln-Bermbeck e.V. • 2. Vorsitzende der SPD Schweicheln-Bermbeck • Mitglied im „Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.“ • Mitglied im „Verein gegen tierquälerische Massentierhaltung e.V.“ • Mitglied bei „Amnesty International“ • Mitglied im Verein „Maßarbeit“ • Mitglied im „Verein der Garten- und Wanderfreunde“ Schweicheln
Schwachmeier, Wolfgang	Bezirksschor nsteinfeger	• stellv. Mitglied der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes im Kreis Herford • stellv. Mitglied der Mitgliederversammlung der Biologischen Station Ravensberg im Kreis Herford e.V.
Schwartz, Udo	selbstst. Dipl.- Ing. im Bereich Kfz-Technik	• stellv. Mitglied der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes im Kreis Herford • stellv. Mitglied des Ausschusses für Umwelt, Gesundheit und Planung als Betriebsausschuss der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Sozial-Psychiatrische Rehabilitationseinrichtung des Kreises Herford“ und der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abfallentsorgungsbetrieb des Kreises Herford“ • Mitglied des Ausschusses für Bauen und Ordnung als Betriebsausschuss der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Bauhof des Kreises Herford“

ANLAGE VIII, LAGEBERICHT

Schwartze, Stefan	Industrie- mechaniker	- stellv. Mitglied der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes im Kreis Herford - stellv. Mitglied des Beirates der Beschäftigungsförderungsgesellschaft „Die Chance gGmbH“ - Mitglied des Verwaltungsrates des Klinikums Herford - Feuerwehr Stadt Vlotho - stellv. Mitglied des Kuratoriums der Landwirtschaftsschule Herford - stellv. Mitglied des Kuratoriums der Stiftung „Zukunft im Wittekindskreis“ - Mitglied beim DRK - Mitglied Förderverein Waldfreibad Valdorf - Mitglied im Partnerschaftsverein Vlotho-Lubsko - Vorsitzender des SPD Kreisverbandes Herford - Mitglied bei der AWO - Mitglied IGM
Steinbrich, Friedhelm	Lehrer	- stellv. Mitglied des Beirates der Arbeitsgemeinschaft für Arbeit im Kreis Herford (ARGE) - Mitglied des Verwaltungsrates der Sparkasse Herford - Mitglied des Beirates der Beschäftigungsförderungsgesellschaft „Die Chance gGmbH“
Stock, Christian (bis 01.12.07)	Dipl.-Kfm.	- Mitglied der des Verwaltungsrates des Klinikums Herford - stellv. Mitglied des Kuratoriums der Stiftung „Zukunft im Wittekindskreis“
Struckmeier, Stefan	Lehrer	- stellv. Mitglied der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes im Kreis Herford - Polizeisportverband Herford
Stüwe, Hans	Rektor	- Mitglied des Verwaltungsrates der Sparkasse Herford - Mitglied des Kuratoriums der Stiftung Sparkasse - Mitglied des Kuratoriums der Stiftung „Zukunft im Wittekindskreis“ - Mitglied des Verwaltungsrates des Klinikums Herford - Mitglied des Aufsichtsrates MZKH am Klinikum Herford - stellv. Mitglied der Gesellschafterversammlung der Ostwestfalen-Lippe Marketing GmbH - SPD-Ortsverein Herford-Siedlung
Sundermeier, Hubert	Rentner	- stellv. Mitglied der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes im Kreis Herford - stellv. Mitglied des Verwaltungsrates der Sparkasse Herford
Thiede, Dietrich	nicht berufstätig	keine
Tiekötter, Wolfgang	Geschäfts- führer Contact Immobilien	- Mitglied der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes im Kreis Herford - stellv. Mitglied des Verwaltungsrates der Sparkasse Herford - stellv. Mitglied des Kuratoriums der Stiftung „Zukunft im Wittekindskreis“
Wellhöner, Ursula	nicht berufstätig	Mitglied der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes im Kreis Herford
Wellmann, Norbert	Hauptschul- lehrer	- Mitglied des Beirats der Beschäftigungsgesellschaft „Die Chance gGmbH“ - Mitglied des Beirats der Arbeitsgemeinschaft für Arbeit im Kreis Herford (ARGE) - Vorstand der AWO, Kreisverband Herford e.V. - Vorstand der AWO, Kreisverband Ostwestfalen-Lippe e.V.

Aufgestellt:
Herford, den 12. November 2008

gez.

Hans Stuller

Bestätigt:
Herford, den 12. November 2008

gez.

Lieselore Curländer

ANLAGE X, ERMÄCHTIGUNGSÜBERTRAGUNGEN

Ermächtigungsübertragungen 2008

Nachfolgend aufgeführte Ermächtigungen für Aufwendungen werden gem. § 22 GemHVO übertragen und bleiben bis zum Ende des Haushaltsjahres 2008 verfügbar:

Ergebnisplan

Produkt	Sachkonto	Bezeichnung	Übertragung
001 009 002	5429000	Inanspruchnahme von Rechten und Diensten (Sachverständigen-, Gerichtskosten u.ä.)	24.318,10
002 004 001	5494000	Erwerb von Vermögensgegenständen >410 EUR im Festwert	6.000,00
002 006 002	5431000	Amtsspezifischer Bürobedarf	10.500,00
002 008 001	5279100	Sachleistungen (Migrationsvernetzung)	18.288,00
002 008 001	5318000	Zuschüsse (Migrationsvernetzung)	2.400,00
002 012 001	5429000	Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	15.000,00
003 001 001	5494000	Erwerb von Vermögensgegenständen >410 EUR im Festwert	25.603,96
003 001 001	5494100	Erwerb von Vermögensgegenständen >410 EUR im Festwert (IT)	5.200,00
003 001 001	5211000	Unterhaltung der sonstigen Grundstücke und baulichen Anlagen (Schulen)	56.057,71
003 001 002	5211000	Unterhaltung der sonstigen Grundstücke und baulichen Anlagen (Schulen)	3.082,98
003 001 003	5211000	Unterhaltung der sonstigen Grundstücke und baulichen Anlagen (Schulen)	21.747,79
003 001 004	5494000	Erwerb von Vermögensgegenständen >410 EUR im Festwert	27.500,00
003 001 005	5494000	Erwerb von Vermögensgegenständen >410 EUR im Festwert	15.000,00
003 001 006	5494000	Erwerb von Vermögensgegenständen >410 EUR im Festwert	5.000,00
003 001 007	5211000	Unterhaltung der sonstigen Grundstücke und baulichen Anlagen (Schulen)	18.000,00
003 001 009	5279000	Sachleistungen	9.741,20
003 001 009	5493000	Geräte und Ausstattung <410 EUR im Festwert	4.391,58
003 001 009	5494000	Erwerb von Vermögensgegenständen >410 EUR im Festwert	16.413,21
003 004 006	5493000	Leistungen der Jugendhilfe (Projekte im Übergang zu Schule und Beruf)	12.000,00
003 004 006	5291000	Leistungen der Jugendhilfe (Projekte im Übergang zu Schule und Beruf)	1.500,00
004 001 001	5279000	Sachleistungen (Förderung Kunstbestrebungen)	4.800,00
004 001 001	5318000	Zuschüsse	5.000,00
006 002 001	5452000	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	30.000,00
007 001 001	5339000	Sonstige soziale Leistungen	9.098,99
013 001 001	5211000	Unterhaltung der sonstigen Grundstücke und baulichen Anlagen (Maßnahmen auf fremden Grund)	148.468,96
013 001 002	5451000	Erstattungen an das Land	8.209,46
		gesamt:	503.321,94

Zur Deckung dieser zusätzlichen Belastung des Ergebnisplanes 2008 ist in der Schlussbilanz 2007 eine zweckgebundene Deckungsrücklage in Höhe von **503.321,94** EUR als Teil des Eigenkapitals auszuweisen.

ANLAGE X, ERMÄCHTIGUNGSÜBERTRAGUNGEN

Im Rahmen des Projektes „kids vitalis“ sind im Produktsachkonto 007 001 001 5339000 Bundesmittel zweckgebunden zu verwenden. Die Aufwandsermächtigung ist gem. § 22 Abs. 3 GemHVO zu übertragen. Der nicht aufgewandte Ertrag verbessert die Ergebnisrechnung 2007 und verschlechtert die Ergebnisrechnung 2008 um 9.098,99 EUR.

Zur zweckentsprechenden Verwendung der Ersatzgelder zum Zwecke des Naturschutzes nach dem Landschaftsgesetzes wurde ebenfalls ein Sonderposten gebildet. Dieser Sonderposten ist in 2008 in Höhe von 148.468,96 EUR ertragswirksam aufzulösen und neutralisiert damit die Ermächtigungsübertragung auf dem Produktsachkonto 013 001 001 5211000 in gleicher Höhe.

Zusammenfassend wird der Ergebnisplan 2008 wie folgt belastet:

Ermächtigungsübertragungen für Aufwendungen	503.321,94
./. Auflösung des Sonderpostens Ersatzgelder	-148.468,96
Belastung des Ergebnisplans 2008	354.852,98

Zusätzlich zu mit diesem Aufwand verbundenen Auszahlungen werden nachfolgend aufgeführte Ermächtigungen für Auszahlungen für Investitionen gem. § 22 GemHVO übertragen und bleiben bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für ihren Zweck verfügbar; bei Baumaßnahmen und Beschaffungen längstens jedoch zwei Jahre nach Schluss des Haushaltsjahres, in dem der Vermögensgegenstand in seinen wesentlichen Teilen in Benutzung genommen werden kann:

Finanzplan

Produkt	Sachkonto	Bezeichnung	Übertragung
001 009 002	H00300150 7851000	Hochbaumaßnahmen - Berufsnavigator, Ravensberger Straße 6	71.507,59
001 009 004	7831200	Erwerb von Vermögensgegenständen >410 EUR außerhalb Festwert	36.000,00
002 011 001	7831200	Erwerb von Vermögensgegenständen >410 EUR außerhalb Festwert	385.314,56
003 001 003	M 01401006 7851100	Auszahlungen für Hochbau	67.874,46
003 002 001	7458000	Erstattungen (Kirchenkreis Herford zu den Betriebskosten des Johannes-Falk-Hauses)	56.223,06
008 001 001	7818000	Zuschüsse an freie Träger für den Bau und die Einrichtung von Sportanlagen	104.896,80
009 002 001	7831200	Erwerb von Vermögensgegenständen >410 EUR außerhalb Festwert	10.000,00
009 003 001	7831200	Erwerb von Vermögensgegenständen >410 EUR außerhalb Festwert	20.000,00
012 001 001	7221000	Unterhaltung des Infrastrukturvermögens	31.369,87
012 001 001	7821200 K00700019	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden Kreisstraße K 7 Hiddenhausen-Oetinghausen (2 KVP's)	5.000,00
	K00901005	Kreisstraße K 9,1 Löhne-Gohfeld (Loher Straße)	5.000,00
	K01301020	Kreisstraße K 13,1 Enger-Besenkamp (Bau einer Querungshilfe)	3.808,49
	K01501007	Kreisstraße 15,1 Vlotho-Valdorf (Bonneberger Straße)	26.060,75
	K03402309	Kreisstraße 34,2/3 Bünde/ Kirchlengern	80.000,00
	K04001015	Kreisstraße 40,1 Rödinghausen-Bruchmühlen einschl. Rad- und Gehweg (Schäferweg)	319.217,22

ANLAGE X, ERMÄCHTIGUNGSÜBERTRAGUNGEN

	K04400018	Kreisstraße 44 Bünde-Hüffen einschl. Rad- und Gehweg (Grünwaldstraße)	300.000,00
	7852000	Tiefbaumaßnahmen	
	K00400229	Kreisstraße 4,2 Herford (Milser Straße)	29.785,93
	K00523022	Kreisstraße 5,23 (Lockhauser Straße)	38.758,09
	K00523903	Kreuzung B 239/K 5,23 Herford (Lockhauser Straße)	202.600,00
	K00524023	Kreisstraße 5,24 Herford (Ahmser Straße)	49.943,99
	K00700019	Kreisstraße 7/10 Hiddenhausen (Bau von 2 Kreisverkehrsplätzen)	80.000,00
	K00701025	Kreisstraße 7/10 Hiddenhausen (Birkenstraße, Eilshauser Straße)	56.080,55
	K00705024	Kreisstraße 7,5 Herford (Brücken-bauwerk Hansasträße)	94.434,37
	K00901005	Kreisstraße K 9,1 Löhne-Gohfeld (Loher Straße)	3.500,00
	K00906016	Kreisstraße K 9,6 Vlotho-Bonne-berg einschl. Rad- und Gehweg (Loher Straße)	177.045,73
	K01005214	Kreisstraße K 10,5 Herford/ Eickum-Herringhausen, 2. BA (Rüterweg)	93.706,47
	K01005613	Kreuzung L 712/K 10,5/K 10,6 Herford	58.000,00
	K01200331	Kreisstraße 12,3 Vlotho (Solterbergstraße)	318.781,80
	K01301020	Kreisstraße 13,1 Enger (Minden-Weseler-Weg; Bau einer Querungshilfe)	65.000,00
	K01300130	Kreisstraße 13,1 Enger (Minden-Weseler-Weg)	99.696,54
	K01501007	Kreisstraße 15,1 Vlotho-Valdorf (Bonneberger Straße)	99.553,16
	K02000228	Kreisstraße K 20,2 Spenge (Mühlenburger Straße)	1.000,00
	K02004532	Kreisstraße 20,4/5 Spenge/Enger (Ravensberger Straße)	325.595,53
	K02006008	Kreisstraße K 20,6 Enger-Westerenger (Spenger Straße)	1.500,00
	K02302020	Kreisstraße K 23,2 Rödinghausen-Bieren einschl. Rad- und Gehweg (Bahnhofstraße)	70.000,00
	K02901002	Kreisstraße K 29,1 Spenge/ Hücker-Aschen (Torfstraße)	30.000,00
	K03401021	Kreisstraße 34,1 Bünde einschl. Rad- und Gehweg (Habighorster Weg)	100.000,00
	K03402309	Kreisstraße 34,2/3 Bünde/ Kirchlengern	74.731,58
	K04001015	Kreisstraße 40,1 Rödinghausen-Bruchmühlen einschl. Rad- und Gehweg (Schäferweg)	232.721,05
	K04400018	Kreisstraße 44 Bünde-Hüffen einschl. Rad- und Gehweg (Grünwaldstraße)	188.045,34
	K20800017	Kreisstraße K 208 Rödinghausen-Bruchmühlen (Hoyeler Straße)	155.182,34
013 001 001	7821000	Erwerb von unbebauten Grundstücken	30.000,00
013 001 001	7853000	Sonstige Baumaßnahmen (Ersatzleistungen - investiv)	40.000,00
013 001 002	7821000	Erwerb von unbebauten Grundstücken	13.450,60
013 002 002	7853000	Sonstige Baumaßnahmen (Renaturisierung von Fließgewässern)	54.845,72
		gesamt:	2.783.958,79

ANLAGE X, ERMÄCHTIGUNGSÜBERTRAGUNGEN

Bei den Rettungswachen Spenge und Vlotho wurde in den kameralen Haushalten eine Investitionsrücklage in Höhe von 882,47 EUR bzw. 40.867,01 EUR gebildet, in die die Abschreibungen aus den Gebührenkalkulationen gebucht wurden. Diese ehemals kamerale Rücklage ist zweckgebundenen für Fahrzeuginvestitionen zu verwenden und bis zur entsprechenden Verwendung als Ermächtigungsübertragung vorzutragen.

Den (investiven) Ermächtigungsübertragungen der Produktsachkonten 013 001 001 7821000 und 7853000 in Höhe von 30.000,00 EUR und 40.000,00 EUR stehen ebenfalls zweckgebundene Einnahmen aus den Ersatzgeldern der Vorjahre gegenüber.

Im Rahmen des Weser-Werre-Else-Projektes sind dem Kreis Herford zweckgebundene Zuweisungen in Höhe von 54.845,72 EUR zugeflossen, für deren zweckgebundene (investive) Auszahlung gem. § 22 Abs. 3 GemHVO die Auszahlungsermächtigung zu übertragen ist.

Zusammenfassend wird die Finanzrechnung 2008 wie folgt belastet:

Ermächtigungsübertragungen der aus den Übertragungen der Aufwandsermächtigungen resultierenden Auszahlungen	503.321,94
Übertragung der aufgeführten Auszahlungsermächtigungen	2.783.958,79
Belastung des Finanzplans 2008	3.287.280,73

Deckung der zusätzlichen Belastung des Finanzplans 2008 - nachrichtlich -

Auflösung des Sonderpostens für zweckgebundene Einnahmen bei Ersatzleistungen zum Zwecke des Naturschutzes nach dem Landschaftsgesetz	70.000,00
Auflösung des Sonderpostens für zweckgebundene Einnahmen beim WWE-Projekt	54.845,72
Verbesserung des Jahresergebnis 2007 durch nicht verbuchte Auszahlungen	3.162.435,01
	3.287.280,73

Nachrichtlich:

Die zweckgebundene Verwendung der Restbeträge der Schulpauschale 2006 und 2007 ist bei der Festsetzung der Kreditermächtigung in der Haushaltssatzung 2008 mit 1.928.652,41 EUR in voller Höhe in Abzug gebracht worden, weil investive Auszahlungen für die Berufskollegs im Rahmen des EEC-Projektes von diesen zweckgebundenen Einzahlungen gedeckt werden sollen, die nach den Förderrichtlinien der KfW-Bank nicht förderfähig sind. Deshalb wird die Schulpauschale zur Deckung der Mittelübertragungen der Produkte 003 001 001 - 003 001 009 nicht aufgeführt.

Kreis Herford

Rechtliche Verhältnisse

Die Rechtsstellung der Kreise ergibt sich aus der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16.11.2004 (GV NRW S. 644).

Der Kreis Herford ist Gebietskörperschaft und Gemeindeverband. Er verwaltet sein Gebiet nach den Grundsätzen der kommunalen Selbstverwaltung. Das Gebiet des Kreises ist mit dem der unteren staatlichen Verwaltungsbehörde identisch.

Der Kreis nimmt in seinem Gebiet, soweit die Gesetze nicht anderes bestimmen, diejenigen öffentlichen Aufgaben wahr, die über die Leistungsfähigkeit der kreisangehörigen Städte und Gemeinden hinaus gehen.

Neue Pflichten können dem Kreis nur durch Gesetz zur Erfüllung von Aufgaben nach Weisungen auferlegt werden. Das Gesetz bestimmt die Voraussetzungen und den Umfang des Weisungsrechts und hat gleichzeitig die Aufbringung der Mittel zu regeln. Die Weisungen sollen sich auf die allgemeinen Anordnungen beschränken und in der Regel nicht in die Einzelausführung eingreifen. Eingriffe in die Rechte des Kreises sind nur durch Gesetz zulässig.

Der Kreis hat die Aufgabe, im Rahmen seines Wirkungskreises und in den Grenzen seiner Leistungsfähigkeit die für die kreisangehörigen Städte/ Gemeinden erforderlichen wirtschaftlichen, sozialen, und kulturellen öffentlichen Einrichtungen bereitzustellen.

Die Aufsichtsbehörde ist die Bezirksregierung Detmold. Die obere Aufsichtsbehörde (allgemeine Aufsicht) ist der Innenminister des Landes NRW (§ 57 Abs. 1 KrO NRW).

Der Hauptsitz der Kreisverwaltung befindet sich in Amtshausstr. 3, 32045 Herford.

Ein weiterer Verwaltungssitz befinden sich an folgender Adresse:

32278 Kirchlingern, Elsestrasse 225 – Straßenverkehrsamt

Gemäß § 5 Abs. 3 Satz 1 in Verbindung mit § 26 Abs. 1 Satz 2 Buchstabe f) der Kreisordnung für das Land NRW (KrO NRW) hat der Kreistag am 25.08.2000 die Hauptsatzung beschlossen. Die Fassung dieser Satzung erfuhr bisher 3 Änderungen, und zwar am 21.03.2003, 03.11.2004 und zuletzt am 17.12.2004.

Organe und Vertretungsbefugnis

Die Organe des Kreises sind der Kreistag und der Kreisausschuss. Der von den wahlberechtigten Bürgern der kreisangehörigen Städte und Gemeinden gewählte Kreistag ist das Hauptorgan des Kreises. Der Kreisausschuss beschließt über alle Angelegenheiten, soweit die nicht dem Kreistag vorbehalten sind oder soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt.

Die Kreistagsmitglieder im Kreistag des Kreises Herford werden nach § 27 Abs. 1 KrO NRW in allgemeiner, freier, gleicher, geheimer und unmittelbarer Wahl gewählt. Die Anzahl von 54 zu wählenden Vertretern für die Kreise bis zu 300.000 Einwohnern ergibt sich nach § 27 Abs. 1 der Kreisordnung für das Land NRW (KrO NRW) in Verbindung mit § 3 Abs. 2 Satz 1 Buchstabe b) des Kommunalwahlgesetzes.

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 03.06.2003 die 1. Satzung zur Änderung der Satzung zur Verringerung der Zahl der zu wählenden Vertreterinnen und Vertreter des Kreis-

tages des Kreises Herford vom 30.06.1997 beschlossen und von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die Zahl der Kreistagsmitglieder um 4 zu verringern.

Im aktuellen Kreistag ergibt sich folgende Sitzverteilung:

SPD	20 Sitze
CDU	21 Sitze
Grüne	4 Sitze
FDP	3 Sitze
Freie Wähler Kreis Herford	2 Sitze

Die Wahlzeit der Kreistagsmitglieder beträgt 5 Jahre.

Die Landrätin wird von den Bürgerinnen und Bürgern der kreisangehörigen Städte und Gemeinden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl auf die Dauer von fünf Jahren zugleich mit dem Kreistag gewählt. Die Amtszeit der Landrätin begann am 04.05.2003.

Die Mitglieder des Kreistages zum 31.12.2007 sind:		
Curländer, Lieselore	Landrätin	CDU
Abke, Beate		CDU
Bäcker, Hans-Dieter		CDU
Blomeyer, Hans Henning		CDU
Bollenbach, Chris		CDU
Deichmann, Dr. Bernhard		CDU
Deppermann, Bernd	stellv. Fraktionsvorsitzender	CDU
Dingerdissen, Töns-Peter		CDU
Eickmann, Friedhelm		CDU
Elbracht, Fritz		CDU
Frommholz, Götz		CDU
Janz, Helmut		CDU
Kämper, Helga		CDU
Karusseit, Rolf-Gert		CDU
Klein, Bruno		CDU
Kunst, Michael	stellv. Fraktionsvorsitzender	CDU
Möhle, Friedel		CDU
Roefs, Christoph	Fraktionsvorsitzender	CDU
Schliebener, Gudrun		CDU
Schöneberg, Carsten		CDU
Schwartz, Udo		CDU
Thiede, Dietrich	2. stellvertretender Landrat	CDU
Antl, Christian		SPD
Böhse, Friedel		SPD
Bungert, Sigrid		SPD

Die Mitglieder des Kreistages zum 31.12.2007 sind:		
Ebmeyer, Hans		SPD
Golücke, Hartmut	1. stellvertretender Landrat	SPD
Günther, Wolfgang		SPD
Neumann, Heinz-Werner		
Nolte, Thomas		SPD
Pörtner, Helmut		SPD
Schmitz, Uwe		SPD
Schröder, Barbara		SPD
Schwachmeier, Wolfgang		SPD
Schwartze, Stefan	stellv. Fraktionsvorsitzender	SPD
Steinbrich, Friedhelm		SPD
Struckmeier, Stefan		SPD
Stüwe, Hans	Fraktionsvorsitzender	SPD
Sundermeier, Hubert		SPD
Tiekötter, Wolfgang	stellv. Fraktionsvorsitzender	SPD
Wellhöner, Ursula		SPD
Wellmann, Norbert		SPD
Balz, Ingeborg	stellv. Fraktionsvorsitzende	GRÜNE
Büker, Michael		GRÜNE
Mülbert, Lioba		GRÜNE
Richter, Ullrich	Fraktionsvorsitzender	GRÜNE
Birkenstock, Olaf	stellv. Fraktionsvorsitzender	FDP
Grottendiek, Jeanette		FDP
Paul, Stephen	Fraktionsvorsitzender	FDP
Gläsker, Eckard	Fraktionsvorsitzender	Freie Wähler Kr. Hfd.
Schäpsmeier, Heinrich		Freie Wähler Kr. Hfd.

Der Kreisausschuss besteht aus der Landrätin als Vorsitzender, ihrem durch den Kreisausschuss gewählten Vertreter und weiteren durch den Kreistag gewählten Mitgliedern

Mitglieder des Kreisausschusses sind zum 31.12.2007:	
Vorsitzende	Vertreter
Curländer, Lieselore	1. Bäcker, Hans-Dieter
	2. Stüwe, Hans
Mitglied	Vertreter/in
Abke, Beate	Eickmann, Friedhelm
Möhle, Friedel	Bollenbach, Chris
Bäcker, Hans-Dieter	Kämper, Helga
Deppermann, Bernd	Dingerdissen, Töns-Peter

Mitglieder des Kreisausschusses sind zum 31.12.2007:	
Kunst, Michael	Elbracht, Fritz
Roefs, Christoph	Deichmann, Dr. Bernhard
Günther, Wolfgang	Antl, Christian
Pörtner, Helmut	Bungert, Sigrid
Schwartze, Stefan	Neumann, Heinz-Werner
Steinbrich, Friedhelm	Schröder, Barbara
Stüwe, Hans	Sundermeier, Hubert
Tiekötter, Wolfgang	Wellmann, Norbert
Richter, Ullrich	1. Mülbert, Lioba
	2. Balz, Ingeborg
Paul, Stephen	1. Birkenstock, Olaf
	2. Grottendiek, Jeanette
Gläser, Eckhard	Schäpsmeier, Heinrich

Bezüge der Organe

(z.B. Zuwendungen an die Fraktion, Sitzungsgelder)

Lt. Kreistagsbeschluss vom 13.03.1998 erhalten die Fraktionen als Zuwendungen für ihre Geschäftsführung einen Sockelbetrag je Fraktion in Höhe von 409,03 € und je Fraktionsmitglied von 20,45 €.

Fraktion	Ansatz 2007	Ergebnis 2007	Ergebnis 2006
CDU	10.061,76 €	10.061,76 €	10.061,76 €
SPD	9.816,36 €	9.816,36 €	9.816,36 €
GRÜNE	5.889,96 €	5.889,96 €	5.889,96 €
FDP	5.644,56 €	5.644,56 €	5.644,56 €
Freie Wähler	5.399,16 €	5.399,16 €	5.399,16 €

Darüber hinaus werden allen Fraktionen Räumlichkeiten für die Fraktionsgeschäftsstelle zur Verfügung gestellt. Diese Büros sind komplett ausgestattet einschließlich Telefon und PC. Kosten dafür werden nicht in Rechnung gestellt.

Die Kreistagsabgeordneten erhalten eine pauschale monatliche Aufwandsentschädigung nach der Verordnung über die Entschädigung der Mitglieder kommunaler Vertretungen und Ausschüsse (Entschädigungsverordnung - EntschVO). Diese beträgt bis 30.06.2007 bei Kreistagsmitgliedern in Kreisen über 250.000 Einwohnern 373,00 €, sachkundige Bürger/ Einwohner erhalten ein Sitzungsgeld von pauschal 34,00 €.

Ab 01.07.2007 ist die monatliche Pauschale auf 384,00 € und das Sitzungsgeld auf 35,00 € angehoben worden. Die monatliche Pauschale erhöht sich nach der EntschVO für die stellvertretenden Landräte sowie die Fraktionsvorsitzenden und deren Stellvertreter. Ab 01.07.2007 werden folgende Beträge gezahlt:

Name	Funktion	Grund- pauschale	Zusatz- betrag	Gesamt- betrag
Golücke, Hartmut	1. stellv. Landrat	384,00 €	1.152,00 €	1.536,00 €
Thiede, Dietrich	2. stellv. Landrat	384,00 €	576,00 €	960,00 €
Roefs, Christoph	Fraktionsvorsitzender CDU	384,00 €	1.152,00 €	1.536,00 €
Deppermann, Bernd	stellv. Fraktionsvorsitzender CDU	384,00 €	384,00 €	768,00 €
Kunst, Michael	stellv. Fraktionsvorsitzender CDU	384,00 €	384,00 €	768,00 €
Stüwe, Hans	Fraktionsvorsitzender SPD	384,00 €	1.152,00 €	1.536,00 €
Tiekötter, Wolf- gang	stellv. Fraktionsvorsitzender SPD	384,00 €	384,00 €	768,00 €
Schwartze, Stefan	stellv. Fraktionsvorsitzender SPD	384,00 €	384,00 €	768,00 €
Richter, Ullrich	Fraktionsvorsitzender GRÜNE	384,00 €	768,00 €	1.152,00 €
Balz, Ingeborg	stellv. Fraktionsvorsitzende GRÜNE	384,00 €	- €	384,00 €
Paul, Stephen	Fraktionsvorsitzender FDP	384,00 €	768,00 €	1.152,00 €
Birkenstock, Olaf	stellv. Fraktionsvorsitzender FDP	384,00 €	- €	384,00 €
Gläsker, Eckard	Fraktionsvorsitzender Freie Wäh- ler	384,00 €	768,00 €	1.152,00 €

Daneben haben die Kreistagsabgeordneten und die Mitglieder der Ausschüsse Anspruch auf Ersatz ihres Verdienstauffalls, der für jede Stunde der versäumten regelmäßigen Arbeitszeit berechnet wird. Die letzte angefangene Stunde wird voll gerechnet. Das gleiche gilt für Mitglieder der Unterausschüsse, Arbeitskreise und Beiräte.

Der Regelstundensatz ist auf 10,00 €, der einheitliche Höchstbetrag je Stunde ist auf 22,50 € festgesetzt. Die Zahlung des Regelstundensatzes wird begrenzt montags bis freitags auf die Zeit von 8.00 Uhr bis 17.00 Uhr, samstags von 8.00 Uhr bis 14.00 Uhr.

Der Höchstbetrag wird max. für 8 Stunden täglich gezahlt. Der monatliche Höchstbetrag wird auf 1.000,00 € festgesetzt. Weitere Einzelheiten sind in § 10 der Hauptsatzung für den Kreis Herford geregelt. Außerdem werden noch Fahrkosten erstattet.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Am 31.12.2007 waren bei der Kreisverwaltung (einschließlich eigenbetriebsähnliche Einrichtungen) 790 Bedienstete beschäftigt, davon

- 236 Beamte
- 535 tariflich Beschäftigte
- 19 Auszubildende

Wirtschaftliche Grundlagen

1. Allgemeine Angaben

Kreis: Herford

Regierungsbezirk: Detmold

Einwohnerzahl Kreis 252.949 (Stand: 31.12.2007)

Einwohnerzahl kreisangehöriger Städte und Gemeinden: 252.949

Gebiet	Einwohner 31.12.2007	Einwohner 31.12.2006	Differenz
Bünde	44.854	44.994	-140
Enger	20.092	20.062	30
Herford	65.019	65.060	-41
Hiddenhausen	20.361	20.490	-129
Kirchlengern	16.424	16.439	-15
Löhne	41.031	41.311	-280
Rödinghausen	10.139	10.164	-25
Spence	15.237	15.372	-135
Vlotho	19.792	19.859	-67

Landrätin: Lieselore Curländer

Anschrift: Kreisverwaltung Amtshausstraße 3, 32051 Herford

2. Kreisgebiet

Größe des Kreisgebietes 45.007 ha

Größe des Gemeindegebietes kreisangehöriger Kommunen: 45.007 ha

Gebiet	Fläche 31.12.2007	Einwohner pro ha
Kreis Herford	45.007	562,1
Bünde	5.930	756,4
Enger	4.121	487,6
Herford	7.895	823,5
Hiddenhausen	2.387	853,0
Kirchlengern	3.378	486,2
Löhne	5.941	690,6
Rödinghausen	3.627	252,0
Spence	4.024	378,7
Vlotho	7.692	257,3

Kreisgebiet nach Nutzungsart:

Nutzungsart	in ha	in %
Fläche insgesamt	45.007	100,0
Siedlungs- und Verkehrsfläche	13.117	29,1
Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche	8.913	19,8
Erholungsfläche, Friedhofsfläche	585	1,3
Verkehrsfläche	3.619	8,0
Freifläche außerhalb der Siedlungs- und Verkehrsfläche		
Landwirtschaftsfläche	27.420	60,9
Waldfläche	3.769	8,4
Wasserfläche	490	1,1
Moor, Heide, Umland	53	0,1
Abbauland	81	0,2
Flächen anderer Nutzung	78	0,2

3. Bevölkerungsstruktur (Stand 31.12.2007)

Einwohner mit Hauptwohnsitz:	absolut 252.949	in % 100
männlich	122.372	48,38
weiblich	130.577	51,62

Einwohnerstruktur:

Einwohner insgesamt	Anzahl 252.949	Prozent 100
davon im Alter von ... Jahren		
0 bis unter 6	13.550	5,4
6 bis unter 18	34.529	13,7
18 bis unter 25	20.232	8,0
25 bis unter 30	13.115	5,2
30 bis unter 40	31.413	12,4
40 bis unter 50	41.508	16,4
50 bis unter 60	32.655	12,9
60 bis unter 65	12.218	4,8
65 und mehr	53.729	21,2
18 bis unter 65	151.141	59,8
weiblich	130.577	51,6

nach Familienstand im Jahr 2006	
Ledige Einwohner	99.000
Verheiratete Einwohner	117.000

nach Familienstand im Jahr 2006	
Geschiedene Einwohner	16.000
Verwitwete Einwohner	22.000

Einwohnerentwicklung 2007:

Lebendgeborene	2.184
Sterbefälle	2.761
Geburten-/Sterbeüberschuss	- 577
 Zuzüge	 11.816
Fortzüge	12.041
Gesamtgewinn/-verlust	-225

Anzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter am Arbeitsort (Stand 30.06.2006):

Beschäftigte	absolut	in %
	82.049	100,00
männlich	46.450	56,61
weiblich	35.509	43,28

Aufteilung Arbeitsmarkt:

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte am Arbeitsort (Stand 30.06.2006):

Wirtschaftszweig	insgesamt	männlich	weiblich
Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte i.s.	82.049	46.540	35.509
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	632	425	207
Bergbau und Gewinnung von Steinen u. Erden	21	21	0
Verarbeitendes Gewerbe	32.225	23.092	9.133
Energie- und Wasserversorgung	705	514	191
Baugewerbe	4.262	3.742	520
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	13.268	6.635	6.633
Gastgewerbe	1.064	463	601
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	3.976	2.755	1.221
Kredit- und Versicherungsgewerbe	1.872	744	1.128
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen	7.994	4.174	3.820
öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung u.ä.	3.406	1.295	2.111
Erziehung und Unterricht, Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen, sonstige Dienstleistungen, private Haushalte	12.615	2.677	9.938

Berufspendler:

Berufseinpendler	26.556
Berufsauspendler	28.887

Anzahl Sozialhilfeempfänger / Empfänger Arbeitslosengeld II: 18.299

4. Gewerbe, Industrie und Handel

Betriebe und Beschäftigte des verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus

Ansässige Betriebe	287
Anzahl der Arbeitsplätze	30.370
Gewerbesteueraufkommen	127,8 Mio €

5. Finanzen

Haushalt Vorjahr

Ergebnishaushalt 2006	Plan	Jahresergebnis
	-8.469.937,09	-1.238.762,00
Finanzhaushalt 2006	Plan	Jahresergebnis
	-13.959.225,12	1.857.885,00

Kreisumlage 2007:

Anteil der kreisangehörigen Kommunen an der Kreisumlage:

Hebesatz 43,73% davon 8,85 % auf die SGB II Kosten

Jugendamtsumlage 15,5 %

Kreditermächtigung für Investitionen	1.492.193 €
Kreditermächtigung zur Liquiditätssicherung	20.000.000€
Gesamtbetrag Verpflichtungsermächtigungen	0 €

Schuldenstand (Stand 31.12.2007)

It. LDS (nur Verbindlichkeiten vom privaten Kreditmarkt)

Kernhaushalt	Sonderrechnungen (eigenbetriebsähnliche Einrichtungen)	insgesamt
€	€	€
25.899.000	9.049.000	34.948.000
in € je Einwohner	in € je Einwohner	in € je Einwohner
102,16	35,69	137,85

6. Wesentliche Verträge

Darstellung und Übersicht über wesentliche Verträge des Kreises:

- Vereinbarung über die Deckung der ab 1. Oktober 1982 entstehenden Verwaltungskosten des Ausgleichsamtes mit der Stadt Bielefeld
- Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Unterhaltung des Chemischen Untersuchungsamtes der Stadt Bielefeld
- Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Wahrnehmung von Aufgaben des Apothekenwesens durch das Chemische Untersuchungsamt der Stadt Bielefeld
- Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über den Rettungsdienst in der Stadt Bünde
- Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über den Rettungsdienst in der Stadt Herford
- Öffentlich-rechtliche Vereinbarung der Trägergemeinschaft des Rettungshubschraubers "Christoph 13"
- Vereinbarung über die Gründung und Ausgestaltung einer Arbeitsgemeinschaft gem. § 44b des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) zwischen der Agentur für Arbeit Herford und dem Kreis Herford vom 08.11.2004
- Rahmenvereinbarung Verein „Biologische Station Ravensberg im Kreis Herford e.V.“
- Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Errichtung eines Kommunalarchivs in Herford
- Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Tierkörperbeseitigung
- Öffentlich-rechtlicher Vertrag über den öffentlichen Personennahverkehr

7. Veranlagungsregeln

Übersicht der Gebühren- und Beitragssatzungen sowie der Entgelttarife des Kreises:

- Jagdsteuersatzung
- Allgemeine Gebührensatzung
- Gebührensatzung für
 - Krankentransport und Rettungsdienst
 - Schadstoffsammlung
 - Sondernutzung von Kreisstraßen

- Satzung über die Elternbeiträge in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege (Elternbeitragssatzung) / Satzung über die Einziehung von Elternbeiträgen vom 13.06.2006
- Satzung des Kreises Herford vom 19.12.2006 über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Fleisch- und Geflügelfleischhygiene sowie der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung
- Satzung über die Heranziehung der Städte und Gemeinden im Kreis Herford zur Durchführung der dem Kreis Herford nach dem SGB II obliegenden Aufgaben vom 17.12.2004
- Satzung über die Heranziehung der Städte und Gemeinden im Kreis Herford zur Durchführung der Sozialhilfe nach dem SGB XII im Kreis Herford vom 17.12.2004
- Entgelttarif für
 - die Inanspruchnahme der Kreisfeuerwehrzentrale
 - die Leitstelle
 - die Überlassung von Räumen des Kreises Herford
 - die Überlassung von schulischen Einrichtungen des Kreises Herford
 - das Medienzentrum
 - die Bearbeitung wasserrechtlicher Angelegenheiten
- Richtlinien des Kreises Herford über die Gewährung von Zuschüssen vom 16. Oktober 1992 in der Fassung der Änderung vom 28.09.2001
- Richtlinien zur Förderung von Behinderten- und Selbsthilfeorganisationen und Selbsthilfegruppen im Kreis Herford
- Richtlinien des Kreises Herford zur Förderung des Sports
- Richtlinien zur Kindertagespflege im Kreis Herford
- Kinder- und Jugendförderplan des Kreises Herford

8. Versicherungsschutz

Der Kreis Herford hat die Haftpflichtversicherung und Vermögenseigenschadenversicherung beim Gemeindeversicherungsverband in Köln abgeschlossen, ebenso die Kfz-Versicherungen. Die übrigen Sachversicherungsverträge für Gebäude und Inventar sind bei der Provinzial Münster abgeschlossen.

Steuerliche Verhältnisse - Betriebe gewerblicher Art (BgA)

1. Erläuterungen

Der Kreis Herford ist eine juristische Person des öffentlichen Rechts. Juristische Personen sind Körperschaften, die aufgrund des öffentlichen Rechts mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestattet sind.

BgA's von juristischen Personen des öffentlichen Rechts i.S.d. § 1 Abs 1 Nr. 6 KStG sind alle Einrichtungen, die einer nachhaltigen wirtschaftlichen Tätigkeit zur Erzielung von Einnahmen außerhalb der Land- und Forstwirtschaft dienen und die sich innerhalb der Gesamtbetätigung der juristischen Person wirtschaftlich herausheben. Die Absicht Gewinn zu erzielen und die Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr sind nicht erforderlich (§ 4 Abs. 1 KStG).

Zu den BgA's gehören nach § 4 Abs. 5 KStG nicht Betriebe, die überwiegend der Ausübung der öffentlichen Gewalt dienen (Hoheitsbetriebe). Ausübung öffentlicher Gewalt ist eine Tätigkeit, die der juristischen Person des öffentlichen Rechts eigentümlich und vorbehalten ist.

Nach § 1 Abs. 1 Nr. 6 i.V.m. § 4 KStG unterliegen BgA's von juristischen Personen des öffentlichen Rechts der unbeschränkten Körperschaftsteuerpflicht sowie der Gewerbesteuerpflicht gem. § 2 Abs. 1 GewStG.

Die Gesamtheit aller BgA im Sinne von § 1 Abs. 1 Nr. 6 KStG und alle land- und forstwirtschaftlichen Betriebe bilden bei einer juristischen Person des öffentlichen Rechts das einheitliche Unternehmen i.S.d. Umsatzsteuergesetzes nach § 2 UStG. Leistungsbeziehungen der BgA untereinander werden umsatzsteuerlich als Innenumsätze qualifiziert.

2. Tatsächliche Verhältnisse

Der Kreis Herford unterliegt nur mit seinen BgA der Steuerpflicht.

Der Kreis Herford unterhält folgende BgA:

- Katasteramt
- Gutachterausschuss
- KBR - Personalgestellung
- Interargem - Personalgestellung
- Rechnungsprüfung

Die Pflicht zur Abgabe von Körperschafts- bzw. Gewerbesteuererklärungen erstreckt sich jeweils auf die einzelnen BgA.

3. Umsatzsteuer

Gem. § 18 Abs. 1 UStG ist der Kreis Herford verpflichtet, monatlich eine Umsatzsteuervoranmeldung abzugeben.

Veranlagung

Die Jahre 2006 und 2007 sind für die Körperschaftsteuer und die Umsatzsteuer noch nicht veranlagt. Entsprechende Erstattungsansprüche sowie Rückstellungen wurden bilanziert. Der Steueraufwand des Berichtsjahres wurde ermittelt und, soweit er die Vorauszahlungen übersteigt, rückgestellt.

Außenprüfung

Die letzte steuerliche Außenprüfung fand in 2005 / 2006 statt; sie umfasst die Veranlagungszeiträume 2001 bis 2004 folgender Steuerarten bzw. steuerliche Grundlagenbescheide:

- Umsatzsteuer 2002 bis 2004
- Körperschaftsteuer 2001 bis 2003

Der Prüfungsbericht datiert vom 11. Juli 2006.

Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

In gemeinsamer Arbeit von Aufsichtsbehörden der Kommunen sowie der Gemeindeprüfungsanstalt als überörtliche Prüfungseinrichtung und Vertretern der örtlichen Rechnungsprüfung (VERPA) ist für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Kommunen ein NKF-Kennzahlenset erarbeitet worden.

Darin sind die für die Prüfung wichtigsten Kennzahlen zusammen gefasst worden. Das NKF-Kennzahlenset soll von allen prüfenden Stellen in NW bei der Beurteilung von kommunalen Haushalten eingesetzt werden. Zu einem späteren Zeitpunkt soll auf den dann vorliegenden Kenntnissen ein Zielkorridor festgelegt werden.

Soweit möglich, wurden Veränderungen im Zeitablauf dargestellt.

Kennzahlen Vermögenslage

		01.01.2006	31.12.2006	31.12.2007
Anlagenintensität	<u>Anlagevermögen x 100</u> Bilanzsumme $\frac{213.516.727,20}{258.975.530,73} \times 100$ Die Anlagenintensität gibt Hinweise auf die finanzielle Anpassungsfähigkeit und Flexibilität einer Kommune. Eine hohe Anlagenintensität hat in der Regel hohe Fixkosten in Form von Abschreibungen zur Folge.	86,70%	81,70%	82,45%
Infrastrukturquote	<u>Infrastrukturvermögen x 100</u> Bilanzsumme $\frac{55.242.254,21}{258.975.530,73} \times 100$ Kommunen verfügen im Bereich der Daseinsfürsorge über ein umfangreiches Infrastrukturvermögen. Die Infrastrukturquote verdeutlicht in welchem Umfang das kommunale Vermögen in der Infrastruktur gebunden ist. Da das Infrastrukturvermögen in der Regel nicht veräußerbar ist, kann die Quote nur langfristig beeinflusst werden.	23,20%	21,5%	21,33%
Reinvestitionsquote	<u>Nettoinvestitionen x 100</u> Jahresabschreibungen auf Anlagevermögen $\frac{-156.321,95}{4.416.263,66} \times 100$ Stetige Investitionstätigkeit ist für die Kommunen mit dem Ziel der Substanzerhaltung von großer Bedeutung für die Aufgabenerfüllung. Die Reinvestitionsquote gibt an, ob die Investitionen im betreffenden Haushaltsjahr ausreichen, um den Wertverlust durch die Abschreibungen am Anlagevermögen auszugleichen.	-	-52,10%	-3,54%

		01.01.2006	31.12.2006	31.12.2007
Anlagenintensität	<u>Anlagevermögen x 100</u> Bilanzsumme <u>213.516.727,20 x 100</u> 258.975.530,73 Die Anlagenintensität gibt Hinweise auf die finanzielle Anpassungsfähigkeit und Flexibilität einer Kommune. Eine hohe Anlagenintensität hat in der Regel hohe Fixkosten in Form von Abschreibungen zur Folge.	86,70%	81,70%	82,45%
Infrastrukturquote	<u>Infrastrukturvermögen x 100</u> Bilanzsumme <u>55.242.254,21 x 100</u> 258.975.530,73 Kommunen verfügen im Bereich der Daseinsfürsorge über ein umfangreiches Infrastrukturvermögen. Die Infrastrukturquote verdeutlicht in welchem Umfang das kommunale Vermögen in der Infrastruktur gebunden ist. Da das Infrastrukturvermögen in der Regel nicht veräußerbar ist, kann die Quote nur langfristig beeinflusst werden.	23,20%	21,5%	21,33%
Reinvestitionsquote	<u>Nettoinvestitionen x 100</u> Jahresabschreibungen auf Anlagevermögen <u>- 156.321,95 x 100</u> 4.416.263,66 Stetige Investitionstätigkeit ist für die Kommunen mit dem Ziel der Substanzerhaltung von großer Bedeutung für die Aufgabenerfüllung. Die Reinvestitionsquote gibt an, ob die Investitionen im betreffenden Haushaltsjahr ausreichen, um den Wertverlust durch die Abschreibungen am Anlagevermögen auszugleichen.	-	-52,10%	-3,54%

Kennzahlen Finanzlage

		01.01.2006	31.12.2006	31.12.2007
Eigenkapitalquote 1	$\frac{\text{EK} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$ $\frac{26.785.137,92 \times 100}{258.975.530,73}$ Die Eigenkapitalquote I zeigt an, in welchem Umfang das Vermögen der Kommune durch Eigenkapital finanziert ist. Je höher die Eigenkapitalquote ist, desto unabhängiger ist die Kommune von externen Kapitalgebern.	11,00%	9,70%	10,34%
Eigenkapitalquote 2	$\frac{(\text{EK} + \text{SoPo Zuw./Beiträge}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$ $\frac{(26.785.137,92 + 67.197.164,32) \times 100}{258.975.530,73}$ Bei der Eigenkapitalquote II werden die Sonderposten aus Zuwendungen und Beiträgen dem „wirtschaftlichen Eigenkapital“ zugeordnet, da es sich hierbei um Beträge handelt, die i. d. R. nicht zurückzuzahlen und nicht zu verzinsen sind.	38,90%	36,10%	36,29%
Anlagendeckungsgrad 2	$\frac{(\text{EK} + \text{SoPo Zuw./Beiträge} + \text{Langfr. Fremdkap.}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$ $\frac{(26.785.137,92 + 67.197.164,32 + 110.046.401,17 + 16.405.225,96) \times 100}{213.516.727,20}$ Der Anlagendeckungsgrad II gibt Auskunft inwieweit das langfristige Vermögen mit langfristigem Kapital finanziert ist. Grundsätzlich sollte der Anlagendeckungsgrad II 100% betragen.	99,70%	98,70%	107,94%
Kurzfristige Verbindlichkeitsquote	$\frac{\text{Kurzfristige Verbindlichkeiten} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$ $\frac{12.695.358,19 \times 100}{258.975.530,73}$ Die kurzfristige Verbindlichkeitsquote verdeutlicht, wie hoch der Anteil der kurzfristigen Verbindlichkeiten an der Bilanzsumme ist. Da Haushaltsfehlbeträge in der Regel über Kassenkredite finanziert werden, ist diese Kennzahl ein Indikator dafür, wie stark sich die aufgelaufenen Defizite auf die Finanzlage der Kommune auswirken.	0,80%	8,30%	4,90%

ANLAGE XIV, KENNZAHLEN

		01.01.2006	31.12.2006	31.12.2007
dynamischer Verschuldungsgrad	<u>Effektivverschuldung</u> Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit 124.212.588,82 18.600.879,20 (FR) Da der Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit in der Finanzrechnung anzeigt, in welchem Ausmaß Finanzmittel in der vergangenen Rechnungsperiode zur freien Verfügung standen, und damit zur möglichen Schuldentilgung, gibt der dynamische Verschuldungsgrad an, in wie vielen Jahren es einer Gemeinde unter theoretisch gleichen Bedingungen möglich wäre, ihre Effektivschulden (Fremdkapital - Liquide Mittel - kurzfristige Forderungen) aus den frei verfügbaren Finanzmitteln vollständig zu tilgen (Entschuldungsdauer).	-	-1,09	6,68

Kennzahlen Ertragslage

		31.12.2006	31.12.2007
Eigenkapitalreichweite	<u>Eigenkapital</u> negatives Jahresergebnis Die Eigenkapitalreichweite besagt, wie viele Jahre das Eigenkapital fiktiv noch ausreicht bei konstant hohen Jahresfehlbeträgen. Sie gibt damit näherungsweise an, wie weit die Kommune zeitlich betrachtet von einer Überschuldung entfernt ist.	-20,53 %	-
Fehl Betragsquote I	<u>negatives Jahresergebnis x 100</u> Ausgleichsrücklage Dieser Wert zeigt an, wie stark sich der Jahresfehlbetrag auf die Ausgleichsrücklage auswirkt. Ein hoher Wert ist negativ zu werten.	-13,60%	-
Fehl Betragsquote II	<u>negatives Jahresergebnis x 100</u> Allgemeine Rücklage Sofern die Kommune über keine Ausgleichsrücklage mehr verfügt, zeigt dieser Wert an, wie stark sich der Jahresfehlbetrag auf die allgemeine Rücklage auswirkt. Ein hoher Wert ist negativ zu werten.	-7,10%	-
Steuerquote	<u>Steuererträge x 100</u> ordentliche Erträge <u>4.851.302,96 x 100</u> 187.253.311,19 Die Steuerquote gibt an, wie hoch der Anteil der Steuererträge an den ordentlichen Erträgen ist.	1,60%	2,59%

		31.12.2006	31.12.2007
Zuwendungsquote	<u>Erträge aus Zuwendungen x 100</u> ordentliche Erträge $\frac{146.908.423,40}{187.253.311,19} \times 100$ Die Zuwendungsquote gibt an, wie hoch der Anteil der Erträge aus Zuwendungen an den ordentlichen Erträgen ist. Eine hohe Zuwendungsquote kann auf eine geringe Finanzkraft der Kommune hindeuten.	71,00%	78,45%
Personalintensität I	<u>Personalaufwendungen x 100</u> ordentliche Aufwendungen $\frac{31.113.026,58}{186.531.665,17} \times 100$ Die Personalintensität I gibt den Anteil der Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen an. Bei der Interpretation der Kennzahl ist der Grad an Ausgliederungen in der Kommune zu beachten.	15,70%	16,68%
Sach- und Dienstleistungsintensität	<u>Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen</u> ordentliche Aufwendungen $\frac{9.597.791,81}{186.531.665,17} \times 100$ Die Sach- und Dienstleistungsintensität lässt erkennen, in welchem Ausmaß sich eine Kommune für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat.	4,90%	5,15%
Transferaufwandsquote	<u>Transferaufwendungen x 100</u> ordentliche Aufwendungen $\frac{94.655.222,58}{186.531.665,17} \times 100$ Die Kennzahl gibt an, in welchem Umfang die Kommune durch Transferaufwendungen belastet wird. Die Kennzahl dürfte insbesondere im interkommunalen Vergleich von Interesse sein.	52,60%	50,74%
Zinslastquote	<u>Finanzaufwendungen *100</u> ordentliche Aufwendungen $\frac{1.109.123,68}{186.531.665,17} \times 100$ Die Zinslastquote verdeutlicht, in welchem Umfang sich die vorhandenen Kredite auf die aktuelle Haushaltssituation der Gemeinde auswirken. Eine hohe Zinslastquote engt den finanziellen Spielraum der Kommune ein.	0,80%	0,59%
Ergebnisquote der laufenden Verwaltungstätigkeit	<u>Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit x 100</u> Jahresergebnis $\frac{721.646,02}{1.358.264,54} \times 100$ Die Kennzahl zeigt an, inwiefern das Jahresergebnis auf laufende Verwaltungstätigkeit zurückzuführen ist.	49,00%	53,13%

ANLAGE XIV, KENNZAHLEN

		31.12.2006	31.12.2007
Drittfinanzierungsquote	<u>Erträge aus der Auflösung von Sonderposten x 100</u> bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen $\frac{2.986.624,89 \times 100}{4.416.263,66}$ Die Kennzahl zeigt das Verhältnis zwischen den bilanziellen Abschreibungen und den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten im Haushaltsjahr. Sie gibt einen Hinweis auf die Frage, inwieweit die Erträge aus der Sonderpostenauflösung die Belastung durch Abschreibungen abmildern. Damit wird die Beeinflussung des Werteverzehrs durch die Drittfinanzierung deutlich.	53,14 %	67,63%